Chruschtschows Kniefall vor Tito Seite 9-11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom 9. September 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Bonn beschließt zusätzliche Ausgaben für "innere Sicherheit"

Milliarden für Polizeispitzel!

Eine zusätzliche Milliarde für Polizeispitzel, Denunzianten und Gesinnungsschnüffler will die Bundesregierung jetzt lockermachen. Das wurde kürzlich aus Bonn bekanntgegeben. Das bedeutet: eine Million mehr als zunächst geplant für die Überwachung und Terrorisierung der werktätigen Bevölkerung durch Verfassungsschutz und Polizei. In der offiziellen Version klingt das natürlich anders: „Verstärkte Anstrengungen zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Stärkung der Inneren Sicherheit". Aber werden diese enormen Summen, die den Werktätigen durch ständiges Anziehen der Steuerschraube aus der Tasche gestohlen werden, wirklich nur für die Verfolgung einer Handvoll sogenannter „anarchistischer Gewalttäter" eingesetzt? Diese Behauptung ist genauso unglaubwürdig und fadenscheinig, wie wenn jemand den Kauf eines Maschinengewehrs damit begründet, er wolle der Kaninchenplage in seinem Garten Herr werden.

Lassen wir uns nichts vormachen! Der ständige ungeheure Ausbau des staatlichen Gewaltapparates, die Vergrößerung des Heeres von Polizeispitzeln, die Aufrüstung und der Ausbau der Polizei zu einer schwerbewaffneten Bürgerkriegsarmee ist doch nicht nur gegen eine Handvoll RAF-Leute, gegen einige Bombenleger und Attentäter gerichtet!

Wie aus Bonn verlautet, soll die zusätzliche Milliarde in der Hauptsache für die Einrichtung Tausender neuer Planstellen im Bundeskriminalamt (Abteilung „Linksextremismus und Terrorismus"), im Bundesamt für Verfassungsschutz und im Bundesgrenzschutz ausgegeben werden. Mehr als verdoppelt werden soll die Zahl der in diesen „Sicherheitsorganen" tätigen Spitzel. In Verbindung damit sollen zugleich die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz zur Überwachung von Telefongesprächen und des Briefverkehrs gesetzlich ausgeweitet werden.

Wie locker der Bonner Regierung doch hier die Steuergelder sitzen! Ganz anders dagegen in Bereichen wie dem Gesundheitswesen: „Kostenexplosion eindämmen", heißt es da. Rücksichtslos werden Planstellen in den Krankenhäusern gestrichen, wird die ohnedies schon verheerend schlechte Krankenversorgung weiter abgebaut. Oder nehmen wir die Rentenfinanzen. Allein gegen Ende dieses Jahres wird das klaffende Loch in der Rentenversicherung auf ein Defizit von 9 Milliarden DM angewachsen sein. Schon wurde die Erhöhung der Renten von Juli kommenden Jahres auf den 1. Januar 1979 hinausgeschoben. Den Ärmsten der Armen soll das bißchen, auf das sie so dringend angewiesen sind, noch genommen werden, weil angeblich kein Geld da ist.

Aber Milliarden für die Innere Sicherheit! Dienen die zusätzlichen Polizisten, die „Verfassungsschützer", „Fahndungsexperten" und Scharfschützen etwa dem Schutz der Bevölkerung? Die Tatsachen sprechen dieser Propaganda Hohn! Wo wurden gewöhnliche Arbeiter und Angestellte, wo Hausfrauen oder Rentner denn bisher das Opfer von Anschlägen? Wohl wurden in den vergangenen Jahren Dutzende, ja über hundert Menschen aus dem werktätigen Volk von der Polizei erschossen oder erschlagen. Wir meinen hier keine Bankräuber oder Sexualverbrecher! Wir meinen Menschen, die sich nichts zu Schulden kommen ließen, oder höchstens ein kleines Vergehen (z. B. bei Rot über die Ampel gefahren), Menschen, die oft nur deshalb mit dem Leben bezahlen mußten, weil sie der Polizei irgendwie verdächtig erschienen.

Was tut der Staat denn für wirkliche Sicherheitsbedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung? Was tut er etwa gegen den Mord am Arbeitsplatz, dagegen, daß Jahr für Jahr Tausende Kollegen infolge mangelnder Sicherheitsvorkehrungen und wilder Arbeitshetze durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sterben? Was tut er dagegen, daß man zunehmend Angst haben muß, nachts allein durch einen Park zu gehen, weil man von einem Gangster oder Sexualverbrecher überfallen werden könnte?



„Die Polizei, dein Freund und Helfer"? — Verkehrskontrolle mit Maschinenpistole

Die Sicherheit, für die Bonn Milliarden hinauswirft, hat mit der Sicherheit der werktätigen Bevölkerung rein gar nichts zu tun. Die „Innere Sicherheit" des Herrn Maihofer und seiner Komplizen ist einzig und allein die Sicherung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft vor dem Kampf der werktätigen Massen.

Pomphafter Empfang

Tito in Peking

Der berüchtigte Renegat Tito hat seine Reise, die ihn durch verschiedene Länder führt, fortgesetzt. Unter der Überschrift „Peking bereitet dem Vorsitzenden Tito einen feierlichen und herzlichen Empfang" berichtete Hsinhua, die Nachrichtenagentur der Volksrepublik China: „Um 11 Uhr morgens ist das Sonderflugzeug unserer hohen Gäste auf dem Flughafen der Hauptstadt gelandet.

Festen Schrittes steigt der Vorsitzende Tito aus dem Flugzeug und schüttelt dem Vorsitzenden Hua Guofeng, den stellvertretenden Vorsitzenden Deng Hsiao-ping und Li Hsiennien herzlich die Hand. Als Zeichen des Willkommens für den Vorsitzenden Tito waren die Hauptstraßen Pekings geschmückt, die ganze Stadt war in eine Atmosphäre der Freude getaucht. Hunderttausend Einwohner der chinesischen Hauptstadt sangen und tanzten, um Josip Broz Tito, den Vorsitzenden der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens, zu begrüßen."

Tito hat seiner Reise offenbar große Bedeutung zugemessen. In seinem Gefolge fährt nicht nur ein ganzer Pulk von Staatsfunktionären der verschiedenen Ebenen. Mit von der Partie sind auch die beiden Sekretäre des Exekutivkomitees des Präsidiums des ZK der revisionistischen Partei Jugoslawiens, Stane Dolanc und Aleksander Grlickov, die beide ausschließlich Parteifunktionen haben.

Und als Tito in Peking landete, konnte er mit dem bisherigen Erfolg seiner Reise zufrieden sein. Er hatte in Korea mit seinen Gastgebern ein gemeinsames Kommunique verabschiedet, in dem es laut Hsinhua heißt, daß „das jugoslawische Volk und seine leuchtenden Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung unter der Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, geführt vom Genossen Josip Broz Tito herzlich beglückwünscht" wird.

Erinnern wir uns, daß 1960, auf der Moskauer Beratung der 81 kommunistischen Parteien eine einstimmig gebilligte Erklärung verabschiedet wurde, in der es heißt: „Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der „Theorien" der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt." Die Erklärung stellt im einzelnen heraus, daß die Tito-Clique in Jugoslawien den Kapi-

Fortsetzung auf Seite 3

Erneute Provokation gegen die KPD/ML

Das hat Methode

Die Kette der Provokationen reißt nicht ab. Nachdem in der Nacht zum Freitag auf die Staatsanwaltschaft in Flensburg ein Bombenanschlag verübt worden war, verbreitete der Norddeutsche Rundfunk am folgenden Tag die provokatorische „Meldung", es sei „nicht ausgeschlossen", daß dieser Anschlag auf das Konto der KPD/ML ginge.

Und warum ist dies laut NDR „nicht ausgeschlossen"? Weil in Flensburg Plakate geklebt worden seien, auf denen Freiheit für einen politischen Gefangenen namens Michael gefordert wird, der zu sieben Monaten Gefängnis wegen „staatsfeindlicher Hetze" verurteilt worden war.

Tatsache ist: In Neumünster sitzt unser Genosse Martin Peleikis in Haft, und verurteilt wurde er schon vor mehr als einem Jahr von einem Gericht in Flensburg zu sieben Monaten wegen „staatsfeindlicher Hetze".

Aber aus dieser Tatsache die Behauptung abzuleiten und sie über den Rundfunk zu verbreiten, daß der Bombenanschlag auf die Flensburger Staatsanwaltschaft wahrscheinlich von der KPD/ML begangen wurde, ist eine bodenlose Unverschämtheit, eine Provokation, die erneut deutlich macht, daß der Bourgeoisie und ihren Massenmedien keine Methode zu schmutzig ist, wenn es darum geht, unsere Partei zu verfolgen.

Die KPD/ML hat mit diesem Bombenanschlag genausowenig etwas zu schaffen, wie mit dem Attentat auf den Bankier Ponto, dem mißglückten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe oder gar der Befreiung des Nazimörders Kappler. Das wissen die maßgeblichen Vertreter der Bourgeoisie sehr genau. Auch ihre Soldschreiber in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Presse

Fortsetzung auf Seite 8

35 Jahre "Zëri i Popullit"

Anläßlich des 35. Jahrestags des Bestehens von „Zëri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, sandte die Redaktion des „Roten Morgen" der Redaktion von „Zëri i Popullit" ein Telegramm, in dem herzliche, revolutionäre Glückwünsche ausgesprochen werden. Am 25. August 1942 erschien die erste Ausgabe von „Zëri i Popullit". Seither ist diese Zeitung eine machtvolle Tribüne des revolutionären Denkens, die nicht nur in allen Teilen Albaniens, sondern in der ganzen Welt das mächtige und flammende Wort der Partei der Arbeit Albaniens und des Genossen Enver Hoxha sowie ihre konsequente marxistisch-leninistische Linie bekanntmacht.

Auf Einladung der Redaktion von „Zëri i Popullit" hält sich gegenwärtig eine Delegation der Redaktion des „Roten Morgen" in Albanien auf.

AUS DEM INHALT

„Antideutsche Haßwelle"? Bonn hetzt gegen die Völker Europas 2
Leber 5 Jahre im Amt: Riesenprofite für die Rüstungsmonopole 2
Rhodesische Wahlfarce 3
Verteidigt das revolutionäre Erbe des Genossen Mao Tsetung! 4
Hoesch/Dortmund: Stahlarbeiter legen Hochofen still 6
Umschüler kämpfen um ihre Rechte . 6
Kapitalisten erpressen Lehrstellenbewerber 7
Anwalt Newerla erneut verhaftet 8
Verwüstungen durch britische Truppen 12
Roter Antikriegstag 1977 12

"Antideutsche Haßwelle"?

Bonn hetzt gegen die Völker Europas

Jetzt wollen sie den Spieß herumdrehen! Auf die Welle der Empörung, die ihnen nach der dreisten Kappler-Entführung vor allem aus Italien entgegengeschlagen ist, antworteten die Herren in Bonn und ihre gleichgeschalteten Lohnschreiber und Fernsehkommentatoren mit einer beispiellosen Hetze gegen die europäischen Völker. Mit dem Versuch, eine Stimmung des Chauvinismus, der nationalistischen Überheblichkeit zu entfachen.

„Der häßliche Deutsche ist da!" jammern sie. Im Ausland wird der Haß gegen die Deutsche Bundesrepublik geschürt, behauptete das Fernsehen letzte Woche in einer kurzfristig ins Programm gehievten Sendung. Und die Bundesregierung läßt gegenwärtig eine Untersuchung in mehreren europäischen Ländern durchführen, um, wie es heißt, die Ursachen der „Manifestierung antideutschen Unmuts" zu ergründen.

Antideutsch? Haben die italienischen Werktätigen etwa gegen uns demonstriert, das deutsche Volk? Nein, ihr berechtigter Protest richtete sich gegen die Bonner Imperialisten und ihren Staat, die diese Entführung betrieben haben, die den abgeurteilten Geiselmörder in ihre Obhut nahmen. Sollen denn die Angehörigen der Opfer Kapplers schweigen, wenn sie sehen, wie der Mörder ihrer Väter und Brüder seiner Strafe entzogen wird? Sollen die Völker Europas, die unter dem Joch der Nazi-Besatzung gelitten haben, nicht ihre Stimme erheben, angesichts der Tatsache, daß die faschistischen Henker vom Schlage eines Maywald von den Gerichten des Bonner Staats auf freien Fuß gesetzt werden? Angesichts der Hitler-Welle und ihrer unverhüllten Beschönigung und Verteidigung der Nazi-Verbrechen?

Die Bonner Imperialisten versuchen unverschämt, diese antifaschistischen Proteste zu einer „antideutschen Haßkampagne" zu machen. Aber sie selbst sind es, die den Haß zwischen den Völkern schüren. Und dabei ist ihnen kein Mittel zu schmutzig. So brachte die „Bild"-Zeitung groß aufgemacht eine Horrorgeschichte von einem deutschen Touristen-Ehepaar, das in Italien beschossen worden war — angeblich aus Rache für Kappler.

So hetzte der „Spiegel", „Neid auf die reichen Deutschen" sei die Ursache für die ausländische Kritik am westdeutschen Imperialismus. Die CDU begeiferte die Proteste der italienischen Antifaschisten als „gemachte Empörung". Und immer wieder wurde in Bonn aufgerechnet, daß „die Italiener", womit die italienischen Faschisten gemeint sind, noch viel schlimmer gewesen wären. Denn während die deutschen Faschisten „nur" 20 Geiseln für einen von Partisanen getöteten Besatzersoldaten ermordet hätten, wären es bei den italienischen Faschisten in Albanien 200 gewesen.

So rechnen sich diese Gangster ihre grausamen Verbrechen an den Völkern gegenseitig auf, wobei die Bonner Imperialisten nicht den geringsten Zweifel daran lassen, daß das kaltblütige Hinmorden von Tausenden unbewaffneter Geiseln für sie eine ganz normale Sache ist. Und indem sie von „den Italienern" sprechen, indem sie dem italienischen Volk mit dem Hinweis auf die Verbrechen Mussolinis den Mund verbieten wollen, stellen sie bewußt dieses Volk mit seinen Todfeinden auf eine Stufe, verhöhnen sie es in der gemeinsten Art und machen es letztlich für die Verbrechen der Mussolini-Faschisten verantwortlich.

Mit ihrem Geschrei über die „antideutsche Haßwelle", das sie erheben, wenn sie von den Völkern angeklagt werden, wollen sie uns, die Werktätigen, mit auf die Anklagebank zerren, als ob sich gegen uns der Haß der Völker richten würde. So wollen sie erreichen, daß wir mit ihnen, unseren Unterdrückern, in einer Front stehen, um die „Angriffe aus dem Ausland" abzuwehren. Damit wollen sie uns vor den Karren ihrer imperialistischen Politik spannen.

Aber wir haben mit ihnen genauso wenig gemeinsam wie das italienische Volk mit seinen Unterdrückern. Wenn die Völker Italiens, Portugals oder Spaniens gegen die brutale Einmischung der Bonner Imperialisten in die Politik ihrer Länder kämpfen, wenn sie sich gegen die Ausbeutung durch die westdeutschen Monopole zur Wehr setzen, dann stehen wir an ihrer Seite.

Heute ist der westdeutsche Imperialismus eine der Hauptkräfte der Weltreaktion. Immer offener und unverschämter tritt er als Führungsmacht in Westeuropa auf, streckt er seine gierigen Klauen nach anderen Ländern aus, um seine wirtschaftlichen und politischen Positionen auszubauen. Vom USA-Imperialismus hochgebracht, ist er die wichtigste Stütze des aggressiven amerikanischen NATO-Blocks in Europa. Ob in Spanien oder Portugal, überall treten die Bonner Imperialisten gegen die revolutionäre Bewegung der Völker auf, unterstützen sie die faschistischen und reaktionären Regime gegen die Völker.

Haben sie sich früher noch bemüht, ihre aggressive Politik unter dem Büßergewand eines Brandt zu verstecken, so spielen sie sich heute unter der Parole „Wir sind wieder wer" als die Lehrmeister Europas auf, machen sie Reklame für ihr „Modell Deutschland". Aber gerade dieses Modell der Faschisierung, der Terroristenhysterie, der Bestrafung revolutionärer Propaganda, der Berufsverbote, des Polizeiknüppels, dieses Modell erinnert die Völker nur zu deutlich an die Hitlersche „Neuordnung Europas".

Die Verbrechen der Nazi-Diktatur sind nicht vergessen. Und so sind es vor allem die immer unverhülltere Verteidigung der Nazi-Verbrechen, die Wiederbelebung der faschistischen Gruppen, die Empörung und gerechten Haß bei den Völkern Europas hervorrufen.

Nichts kennzeichnet den Charakter dieses Bonner Staates besser als der sogenannte Zigeuner-Prozeß, der kürzlich in Würzburg über die Bühne ging. Während die ganze westdeutsche Lumpenpresse in Erinnerungen an Hitler schwelgte, die Tagebücher Goebbels präsentierte und sich um die Ehrenrettung Kapplers bemühte, wurde dort — natürlich in aller Stille und ohne Schlagzeilen — eine Zigeunerfamilie abgeurteilt. Ihr Verbrechen? Sie hatten sich einem Aufmarsch ehemaliger SS-Mitglieder entgegengestellt. Sie, die von den Nazi-Blutrichtern ins KZ geschickt wurden, weil sie Zigeuner sind, wurden jetzt von der Bonner Klassenjustiz zu Gefängnisstrafen zum Teil ohne Bewährung verurteilt, weil sie gegen ihre Peiniger demonstriert hatten.

Und da sollen wir ruhig bleiben? Und da sollen sich die Werktätigen in Dänemark, Holland oder Italien, die unter dem faschistischen Terror von SS, Wehrmacht und Gestapo gelitten haben, von Schmidt und Genscher den Mund verbieten lassen? Niemals! Der westdeutsche Imperialismus ist ein Feind nicht nur unseres Volkes, sondern auch der Völker Europas. Da mag er noch so viel hetzen und jammern über die „antideutsche Haßwelle". Wir lassen uns nicht von den Krupp, Flick und Thyssen, den Verantwortlichen für die Nazi-Verbrechen, gegen die Völker Europas aufhetzen. Unser Platz ist an der Seite der Völker im gemeinsamen Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen die Bonner Imperialisten und alle anderen Reaktionäre Europas.

Leber fünf Jahre im Amt

Riesenprofite für die Rüstungsmonopole

Ein Fest besonderer Art konnte dieser Tage die westdeutsche Rüstungsindustrie feiern: Fünf Jahre ist der Bonner Kriegsminister Leber im Amt. In der „Wehrwirtschaft", dem Organ der Rüstungsindustrie, erschien aus diesem Anlaß ein Artikel mit der fetten Schlagzeile: „38 Milliarden, 250 Millionen und 400 Tausend Deutsche Mark."

Das ist genau die Summe, die allein für neue Waffensysteme in diesen fünf Jahren ausgegeben wurde, für die Kampfpanzer Leopard 1 und 2, für die Mehrzweckfregatten, die Kampfflugzeuge Tornado und Alpha Jet usw. Das sind Milliarden, die uns, den Werktätigen, aus der Tasche gezogen wurden durch das immer festere Anziehen der Steuerschraube. Milliarden, die in die Tresore der großen Rüstungsmonopole geflossen sind, wie Krupp, Thyssen, Blohm & Voß, Krauss-Maffei und wie sie alle heißen.

Und die Monopolherren sind zufrieden mit ihrem Minister, zufrieden mit sogenannten Volksvertretern im Bonner Parlament, die nicht uns, sondern eben sie vertreten und die, wie die „Wehrwirtschaft" befriedigt feststellt, „doch immer noch ja zu den Vorlagen, die Leber ihnen präsentierte" gesagt haben. Die hemmungslose Aufrüstung, das ist immer noch das beste Geschäft der Monopolherren. Rund 360 Milliarden haben die westdeutschen Imperialisten bis jetzt in die Aufrüstung des Bonner Staates gesteckt, viermal so viel wie Hitler in Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs ausgab. Und der Rüstungsetat wird auf immer riesigere Summen hochgeschraubt: 32 Milliarden hat Bonn in diesem Jahr offiziell dafür ausgewiesen. Offiziell, in Wahrheit ist er weit höher. So schrieb die „Wehrwirtschaft" in ihrem Jubelartikel für Leber offen: „Die Verteidigungsausgaben haben in diesem Jahr die stolze Summe von 50 Milliarden DM bereits überschritten."

Und das alles für die Verteidigung des Friedens? Nein, die westdeutschen Imperialisten haben sich diesen riesigen Militärapparat, den größten nach den Armeen der beiden Supermächte nicht aufgebaut, weil ihnen der Frieden am Herzen läge. Sie, die heute ihre gierigen Klauen nach der ganzen Welt ausstrecken, um sich wirtschaftliche und politische Positionen zu sichern, um die Reichtümer anderer Länder auszuplündern, sie haben sich diesen Militärapparat geschaffen, um ihre imperialistischen Ziele auch mit dem Mittel der Gewalt, mit dem imperialistischen Raubkrieg durchsetzen zu können.

Heute können sie zwar nicht wie vor 40 Jahren selbst einen solchen Krieg vom Zaun brechen. Heute sind es die beiden Supermächte, von deren Kampf um die Weltherrschaft die Hauptkriegsgefahr ausgeht. Aber die Bonner Imperialisten erhoffen sich als Juniorpartner der amerikanischen Supermacht, als ihre stärkste Stütze im aggressiven NATO-Pakt in einem Krieg zwischen den Supermächten und ihren Blöcken die Verwirklichung ihrer eigenen imperialistischen Ziele. Sie sind genau wie die beiden Supermächte Todfeinde der Völker und müssen wie sie entschieden bekämpft werden.

Offen gesagt ...

Orden für den Henker

„Gleich und gleich gesellt sich gern". Unter dieser Überschrift berichteten wir im letzten RM über den Besuch des Schah in Polen. Man hätte glauben können, die widerliche Freundlichkeit, mit der dieser Henker des iranischen Volkes in Warschau empfangen wurde, sei nicht zu überbieten. Aber die Statthalter von Moskaus Gnaden im Prager Hradschin brachten es fertig, die Gierek-Clique noch zu übertreffen. Sie steckten dem Mörder aus Teheran den „Weißen Löwen erster Klasse" an, den höchsten Orden, den das Land für Ausländer zu vergeben hat. Doch damit nicht genug: Der Schah und seine Frau bekamen in der Prager Universität auch noch den Doktorhut aufgesetzt.

„Für den Aufbau eines modernen Iran und für die friedliche Koexistenz" — das sind die „Verdienste" des Schah, die von der Husak-Clique entdeckt wurden. Aber wie sieht dieser „moderne Iran" denn aus? Er ist ein riesiges Zuchthaus für die werktätigen Massen, ein faschistischer Terrorstaat, in dem die Geheimpolizei, die Folter- und Hinrichtungskommandos wüten.

Und die „friedliche Koexistenz"? Der Schah, durch einen CIA-Putsch auf den Thron gehievt, hat das Land an die amerikanischen Imperialisten verkauft, die es nach Strich und Faden ausplündern. Sie haben mit den modernsten Waffensystemen die iranische Armee zum größten Militärapparat im Mittleren Osten hochgerüstet, zu einem Wachhund ihrer imperialistischen Interessen am Persischen Golf.

Und es ist gerade diese Schah-Armee, die von der amerikanischen Supermacht eingesetzt wird, um die revolutionären Befreiungsbewegungen niederzuschlagen. Bekanntlich stehen Tausende von iranischen Soldaten in Oman auf der arabischen Halbinsel, um die bewaffneten Kräfte der omanischen Patrioten zu vernichten.

Wofür also hat der Schah seine Auszeichnungen in Prag bekommen? Für tausendfachen Mord und Folter am iranischen Volk. Für die Aggression, den Vernichtungsfeldzug gegen die Patrioten Omans. Kann man sich eine widerwärtigere Verhöhnung der Opfer dieses Massenmörders denken? Und diejenigen, die diese Verbrechen mit der Ehrendoktorwürde auszeichnen, wagen es auch noch, sich Kommunisten zu nennen!

Aber haben sie nicht selbst gezeigt, daß sie mit dem Mörder-Schah auf einer Stufe stehen? Und wer ist denn Husak anderes als eine Marionette der russischen Supermacht. Wie der Schah vom amerikanischen Geheimdienst, so ist er von den Aggressions-Truppen des Warschauer Pakts an die Macht gebracht, ist er von Moskau an die Spitze eines sozialfaschistischen Vasallen-Regimes gestellt worden.

Und wenn sich dieser Husak jetzt dem Schah an den Hals wirft, dann geht es um ihre schmutzigen Geschäfte. Schon seit langem beteiligen sich die russischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen an der Ausplünderung des iranischen Volkes. Der Profit — das ist das einzige, was sie interessiert. Und dafür treten sie schamlos die Gefühle der iranischen Patrioten mit Füßen.

Viele Werktätige aber werden jetzt die heuchlerischen Solidaritätsbekundungen, wie sie etwa die DKP für das iranische Volk abgibt, mit anderen Augen ansehen.

Kurz berichtet

HEIDENHEIM

Am 27. August fand in Heidenheim im Zusammenhang mit dem Roten Antikriegstag eine Kulturveranstaltung der Roten Garde statt. Besonders gut kamen antimilitaristische Kampf- und Volkslieder und vor allem der Vortrag von Karl Liebknechts „Rekrutenabschied" bei den Freunden und Genossen an. Im Anschluß an diesen Vortrag zeigte ein Soldaten-Genosse anhand von Beispielen auf, daß Karl Liebknechts Worte auch auf die heutige Bundeswehr zutreffen.

WITTEN

Unter der Parole „Jesus-People — raus aus Witten" führte die Ortsgruppe der Roten Garde mit Flugblättern, Aufklebern und Flugzetteln eine Aktion gegen diese religiösen Fanatiker durch, die schon seit längerem in Witten ihr Unwesen treiben. Es wurde gezeigt, daß diese Leute die Aufgabe haben, das religiöse Gift unter der werktätigen Jugend zu verbreiten, um sie dadurch vom Klassenkampf abzulenken und auf die Bahnen des Pazifismus und der Jesus-Schwärmerei zu bringen. Während der Aktion entwickelten sich viele Diskussionen, in denen die Genossen den Standpunkt der Partei und der RG darlegten und viel Unterstützung fanden.

ALBERTSHOFEN

Vom 26. bis zum 28. August veranstaltete der Kreis Mainfranken ein Zeltlager bei Albertshofen. Während des Lagers wurden einige Geländespiele durchgeführt, die besonders den Roten Pionieren, die zum ersten Mal auf einem Zeltlager waren, großen Spaß machten. Im Rahmen des Lagers wurde auch eine Veranstaltung zum Roten Antikriegstag im Naturfreundehaus in Schwebheim durchgeführt, an der über 50 Genossen und Freunde teilnahmen.

WATTENSCHEID

Der Propagandafilm für den Faschismus „Hitler — Eine Karriere" ist auch in Wattenscheid angelaufen. Hier werden ganze Schulklassen von den Behörden ins Kino geschickt. Das bedeutet, daß praktisch die Verherrlichung des Faschismus, wie sie in diesem Film betrieben wird, zu einem Bestandteil des Schulunterrichts geworden ist. Gegen diese Provokation war die Rote Garde angetreten. Die Genossen machten vor dem Kino Propaganda für den antifaschistischen Kampf und zeigten die Notwendigkeit auf, gegen solche Machwerke wie den Hitler-Film entschieden vorzugehen.

DORTMUND/BOCHUM

In letzter Zeit haben die Faschisten in Dortmund und Bochum zahlreiche Mauern und Häuser mit ihren antikommunistischen und hetzerischen Parolen vollgeschmiert. Verschiedene Zellen der Partei ergriffen die Initiative, indem sie die faschistischen Schmierereien übermalten.



Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Tito in Peking

Fortsetzung von Seite 1

talismus wiederhergestellt hat, daß sie als Agentur des Imperialismus eine Wühlarbeit gegen die sozialistischen Länder und gegen die kommunistische Weltbewegung entfaltet und unter dem Vorwand der blockfreien Politik die Einheit der vom Imperialismus unterdrückten Völker spaltet.

Daher wird in der Erklärung die Schlußfolgerung gezogen: „Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.“

Hat sich daran auch nur das geringste geändert? Nein, diese Aufgabe, wie sie in der historischen Erklärung von 1960 gestellt wurde, steht auch heute noch auf der Tagesordnung. Bekanntlich waren es damals die Chruschtschow-Revisionisten, die sich gegen die Verabschiedung der Moskauer Erklärung sträubten, die sie später mit Füßen traten und den Weg der Zusammenarbeit mit der konterrevolutionären Tito-Clique gingen. Der Genosse Enver Hoxha sagte dazu auf dem 7. Parteitag der PAA:

„Die Gefährlichkeit des jugoslawischen Revisionismus besteht darin, daß er all denen, die den Weg des revisionistischen Verrats und der kapitalistischen Entartung einschlagen, fertige Konzepte und „erprobte“ Wege offeriert. Zunächst die Chruschtschow-Leute und dann die Togliattisten und die anderen holten sich beim jugoslawischen Revisionismus Anregung und fanden bei ihm Unterstützung und Ermutigung im Kampf gegen den Sozialismus und die marxistisch-leninistische Ideologie.“

Heute besteht in der internationalen kommunistischen Bewegung eine Situation, die der in den 60er Jahren ähnelt. Auch heute ist der Kampf entbrannt um die Frage, ob man an der revolutionären Generallinie festhalten oder sie durch konterrevolutionäre Theorien wie die von den „Drei Welten“ ersetzen soll. Und in diesem Kampf spielt genau wie damals die Stellung gegenüber der Tito-Clique eine wichtige Rolle. Denn auch diejenigen, die heute den Weg des revisionistischen Verrats einschlagen, suchen die Zusammenarbeit mit dieser Bande, um sich dort ihre „Anregungen“ zu holen. Deshalb steht auch heute die Frage in aller Schärfe so, wie sie die KP Chinas unter der Führung Mao Tsetungs in den 60er Jahren stellte; nämlich „welchen Weg die sozialistischen Staaten eigentlich einschlagen sollen: Ob sie den Weg der Oktoberrevolution verfolgen und die sozialistische Revolution bis zu Ende führen, oder ob sie dem jugoslawischen Weg folgen und den Kapitalismus restaurieren sollen“.

Manche Leute, wie diejenigen, die jetzt den Renegaten Tito mit Orden behängten und ihn als den Führer einer kommunistischen Bruderpartei empfingen, zeigen offen, für welchen Weg sie sich entschieden haben. Andere Leute wiederum gehen bei der Rehabilitierung und der Zusammenarbeit mit den Titoisten hinterhältiger vor. Sie vermeiden es, offen von „Bruderpartei“ oder vom jugoslawischen „Sozialismus“ zu reden. Sie konzentrieren sich ganz darauf, Tito zu einem entschiedenen Antiimperialisten hochzujubeln. Um diesem schäbigen Manöver Gewicht zu verleihen, scheuen sie nicht davor zurück, den Namen und das Andenken des Genossen Mao Tsetung zu beschmutzen, indem sie Gerüchte in die Welt setzen, der verstorbene Führer der KP Chinas habe den Renegaten Tito als einen Mann bezeichnet, der sich keinem Zwang beugt und hart wie Eisen ist.

Aber erinnern wir uns, was Mao Tsetung wirklich über die Kreatur aus Belgrad sagte. In seinem Glückwunschtelegramm an den V. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens schrieb er: „Die revisionistische Führungsclique der Sowjetunion, die Tito-Clique in Jugoslawien und alle anderen Renegaten und Verräter der verschiedensten Schattierungen sind im Vergleich zu Euch als einem erhabenen Berg, der in den Himmel ragt, nur ein Dreckhaufen. Sie sind Sklaven und Komplizen des Imperialismus. Ihr dagegen seid furchtlose proletarische Revolutionäre, die den Mut haben, gegen den Imperialismus und seine Lakaien, gegen alle barbarischen Feinde in der Welt zu kämpfen.“

Mögen die neuen Freunde Titos diesen Dreckhaufen noch so sehr mit Girlanden, Transparenten und roten Fahnen aufputzen, mögen sie um ihn herumtanzen und singen: Er bleibt doch ein Dreckhaufen. Aber sehen wir uns an, welche „Verdienste“ sie an dem Renegaten Tito entdeckt haben.

Er verteidigt wachsam die Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes, sagen sie. Damit stellen sie sich offen gegen die Analyse des Genossen Mao Tsetung, gegen die eindeutigen und unmißverständlichen Erklärungen, die von der KP Chinas unter Maos Führung abgegeben wurden: „Jugoslawien ist auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Weltmarkt des Kapitalismus untrennbar verbunden und zu einem Vasallen des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus, herabgesunken. Wenn ein sozialistischer Staat seine Unabhängigkeit und Souveränität verkauft und zu einem Anhängsel des Imperialismus wird, muß dies unvermeidlich zur Restauration des kapitalistischen Systems führen.“

Ist das denn heute anders? Titos neue Freunde verweisen stets auf die Veränderungen, die seit den sechziger Jahren in der Welt vor sich gegangen sind. Gewiß ist die Entartung der ehemals sozialistischen Sowjetunion zu einer imperialistischen Supermacht, die dadurch bedingte Zerstörung des sozialistischen Lagers, ein wichtiger Faktor, hat sie zu einer Umgruppierung der Kräfte auf Weltebene geführt. Aber hat diese Veränderung der Weltlage denn durch irgendeine Zauberkraft Jugoslawien die Unabhängigkeit wiedergegeben, aus dem Agenten des Imperialismus, Tito, einen glühenden Antiimperialisten gemacht? Geändert hat sich nur das eine: daß die Tito-Clique heute ihr Land nicht nur für Dollar, sondern auch für Rubel verkauft, daß in den jugoslawischen Häfen nicht nur die aggressiven Flottenverbände der amerikanischen, sondern auch die der russischen Supermacht ihr Unterkommen finden.

Weiter konnte man von Titos neuen Freunden hören, daß sie entschieden die Politik der Blockfreiheit unterstützen, wie sie von Jugoslawien verfolgt wird. Sie preisen die Titoisten in den höchsten Tönen, weil sie angeblich sich dem Imperialismus und dem Hegemonismus widersetzen, die Solidarität zwischen den blockfreien Ländern und den anderen Entwicklungsländern wahren und die Völker in ihrem gerechten Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit unterstützen.

Hören wir, was demgegenüber die KP Chinas unter der Führung des Genossen Mao Tsetung sagte: „Auf der internationalen Bühne spielt die Tito-Clique die Rolle eines Sondertrupps des USA-Imperialismus, der die Weltrevolution sabotiert. Unter dem Aushängeschild eines sozialistischen Staates bekämpft und zersetzt die Tito-Clique aufs wütendste das sozialistische Lager und dient als Stoßtrupp in der Hetzkampagne gegen China.

Unter dem Deckmantel der ‚Blockfreiheit‘ und ‚aktiven Koexistenz‘ versucht die Tito-Clique, die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untergraben und dient damit dem Neokolonialismus der USA.“

Das war die richtige Antwort auf Titos Verbrechen. Manche Leute wollen offenbar vergessen, daß dieser Konterrevolutionär sich zum Beispiel auf die Seite der amerikanischen Imperialisten stellte, als diese das sozialistische Korea überfielen. Und als die chinesischen Freiwilligen dem koreanischen Brudervolk zu Hilfe eilten, um gemeinsam mit ihm die amerikanischen Aggressionstruppen zu verjagen, geiferte die Tito-Clique in der UNO gegen das China Mao Tsetungs und beschuldigte es der „Einmischung in den Korea-Krieg“. Diese Bande ging sogar so weit, ein Embargo gegen China und Korea zu fordern.

Ist denn die Verurteilung der Tito-Clique als Sondertruppe des Imperialismus heute nicht mehr richtig? Wie kann denn die Tito-Clique, die ihr eigenes Land an den Imperialismus verkauft hat, in den internationalen Beziehungen eine antiimperialistische Kraft sein? Nach wie vor betreiben die Titoisten die Geschäfte des Imperialismus, nur eben nicht mehr ausschließlich die des amerikanischen. Sie sind es, die in diesem Jahr die von den beiden Supermächten ins Leben gerufene Unsicherheitskonferenz in Belgrad ausrichten, die den Geist dieser Konferenz, den Geist des Pazifismus, des Vertrauens auf die Supermächte und ihres angeblichen Entspannungswillens auf den Konferenzen ihrer Blockfreienbewegung predigen.

Dort, wo sich die Völker zum bewaffneten Kampf erhoben haben, um das Joch des Imperialismus abzuschütteln, tritt ihnen die Tito-Clique entgegen und macht Reklame für die friedliche Lösung, das heißt für die Liquidierung der Revolution und die Versöhnung, die Unterwerfung unter die imperialistischen Unterdrücker. Dort, wo die Länder, die unter dem Joch des Neokolonialismus leiden, ernsthafte Schritte unternehmen, um ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen, hetzt die Tito-Clique gegen die Verstaatlichung von Niederlassungen der imperialistischen Monopole. Und die großen imperialistischen Räuber sind schon lange dazu übergegangen, ihr Geschäft der Ausplünderung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gemeinsam mit den jugoslawischen Revisionisten zu betreiben. Sie selbst investieren das Kapital und die Tito-Leute treten in ihrer Maske der Blockfreien und Antiimperialisten diesen Ländern gegenüber als Wirtschaftspartner auf. Gerade jetzt, als der Renegat Tito auf Reisen ging und sich von gewissen Leuten alle möglichen falschen Titel anhängen ließ, wurde ein solches typisches Geschäft der Titoisten bekannt. Sie hatten im großen Umfang von der EWG subventionierte Butter eingekauft und an die von allen Völkern geächteten südafrikanischen Rassisten weiter verschachert. Wie können da manche Leute so tun, als gelte heute nicht mehr die Verurteilung der Tito-Clique durch die kommunistische Weltbewegung, als sei aus dem Dreckhaufen ein Goldschatz geworden? Sie können deshalb ihre entschiedene Unterstützung für Titos verlogene „Blockfreiheit“ erklären, weil ihr Konzept der „Drei Welten“ im Grunde das gleiche ist: Auch sie leugnen den grundlegenden unversöhnlichen Widerspruch zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Imperialismus. Auch sie wollen die Völker auf einen dritten Weg zwischen diesen beiden Welten locken. Ja, sie fordern sogar den Zusammenschluß der Völker mit den Imperialisten der sogenannten „Zweiten Welt“.

Aber die Völker können sich niemals mit ihren Unterdrückern zusammenschließen. Sie müssen sich, mit dem Weltproletariat und den wahrhaft sozialistischen Ländern als Kern, vereinigen, um den Imperialismus, in erster Linie die beiden Supermächte, und alle seine Lakaien niederzuschlagen. Das ist der einzige Weg, der sie zur Befreiung führt. Und alle Predigten der alten wie auch der neuesten Revisionisten werden die Völker nicht davon abhalten, diesen Weg zu gehen.

Rhodesische Wahlfarce

Die Antwort des Volkes ist der bewaffnete Kampf

Der Rassisten-Chef Smith, der Henker des Volkes von Simbabwe (Rhodesien), hat wählen lassen. Und diese sogenannten Wahlen machten die Rassisten unter sich aus. Denn zur Urne durfte nur der gehen, der auch einen entsprechend hohen Verdienst vorweisen konnte. Und so waren von den über sechs Millionen schwarzer Simbabwern, die vom Smith-Regime blutig unterdrückt werden, ganze 0,3 Prozent zu diesen Scheinwahlen zugelassen.

Während der Rassist Smith sich in Salisbury als Wahlsieger feiern ließ, gaben die amerikanischen Imperialisten mit viel Propagandarummel ihr Konzept einer sogenannten „friedlichen Lösung“ bekannt. Danach soll Smith vorläufig ins zweite Glied zurücktreten und stattdessen ein britischer Gouverneur die Regierungsgeschäfte übernehmen, solange, bis aus den rhodesischen Rassisten und einer Handvoll von schwarzen Verrätern eine neue Regierung zusammengeschustert ist.

Aber für wen ist das eine Lösung? Für das Volk von Simbabwe? Nein, denn das, was die Imperialisten den „Rhodesien-Konflikt“ nennen, ist in Wirklichkeit der bewaffnete Kampf des Volkes von Simbabwe zur Vernichtung des Rassisten-Regimes und zur vollständigen Befreiung seiner Heimat. Und dieser Kampf ist ein Kampf auf Leben und Tod. Wie kann da von einer friedlichen Lösung, von einer Versöhnung des Volkes mit seinen Unterdrückern die Rede sein?

Die amerikanische Supermacht und ihre britischen Verbündeten haben auch offen zu erkennen gegeben, wobei es bei ihrem Plan wirklich geht, dadurch nämlich, daß sie als ersten Schritt ihrer „friedlichen Lösung“ die Entwaffnung der simbabwischen Patrioten verlangt haben. All ihre Manöver, ob mit oder ohne Smith, dienen nur diesem einen Ziel: dem Volk die Waffen aus der Hand zu schlagen, die revolutionäre Befreiungsbewegung zu liquidieren und die rassistischen Henker in Salisbury an der Macht zu halten.

Wer auch immer sich zum Fürsprecher einer solchen „friedlichen Lösung macht, seien es die schwarzen Verräter vom Schlage eines Bischof Muzorewa oder ausländische Mächte, die sich wie die Tito-Clique und ihre Freunde unverschämt als Freunde der Völker Südafrikas aufspielen, sie sind nichts anderes als Saboteure am Befreiungskampf, Handlanger des Imperialismus bei seinem Versuch, die Völker niederzuschlagen.

Aber die Patrioten Simbabwes haben ihre Antwort auf die Manöver ihrer Feinde schon gegeben. Und diese Antwort heißt: den bewaffneten Kampf verstärken. Diesen Weg, den einzigen, der zur wirklichen Befreiung führt, gehen auch die Völker von Namibia und Azania. Sie lassen sich vom Geschrei nach einer „friedlichen Lösung“ nicht aufhalten und werden solange im bewaffneten Kampf ausharren, bis die rassistischen Regime vollständig zerschlagen und ihre imperialistischen Hintermänner aus Südafrika verjagt sind.

Redaktionelle Erklärung

Viele Genossen werden beim Lesen dieser Nummer des „Roten Morgen“ gemerkt haben, daß wir die bisher üblichen Gänsefüßchen bei der DKP — frühere Schreibweise D„K“P — weggelassen haben. Die veränderte Schreibweise gilt ab sofort auch für alle anderen Veröffentlichungen der Partei: Flugblätter, Betriebszeitungen, Theoretisches Organ etc.

Natürlich bedeutet diese Änderung in der Schreibweise keineswegs, daß wir die DKP plötzlich als kommunistisch ansehen würden. Sie ist eine revisionistische Partei und so wie bis jetzt, werden wir auch in der Zukunft dieses Verräterpack bekämpfen.

Die Lage ist heute aber so, daß es keineswegs die DKP alleine ist, die den Namen „kommunistisch“ zu Unrecht trägt. Wenn wir konsequent sein wollten, und alle anderen revisionistisch und opportunistisch entarteten Gruppierungen und Parteien, die sich die Maske des Kommunismus umgehängt haben, mit Gänsefüßchen versehen würden, dann würde das in unserem Zentralorgan etc. zu einem unmöglichen Schreibstil führen und zudem zum Teil Unklarheiten heraufbeschwören.

Man kann keiner Partei verbieten, daß sie sich kommunistisch nennt. Wir werden aber auch in Zukunft jeden Mißbrauch mit dem Namen Kommunismus nicht nur seitens der alten, sondern auch der neu entstandenen opportunistischen und revisionistischen Parteien schonungslos entlarven.

Spenden

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die KPD/ML

2. 6.	Buchladen RM, Frankfurt	56,80
6. 6.	Veranstaltung am 1. Mai, Bezirk Nordwest, Westberlin	440,00
10. 6.	N. M., Bad Schwartau	2.000,00
20. 6.	Arbeitertreff Barmbek, 6.5.	41,12
23. 6.	F. Sch., Sprendlingen	20,00
24. 6.	Pfingstlager der RG Minden	13,00
18. 8.	Parteitreff Freiburg	60,00
24. 8.	Filmveranstaltung Duisburg v. 18.8.	70,00
	zusammen	**2.700,92**

II. Spenden für den „Roten Morgen“

6. 6.	P. K., München	100,00
8. 6.	Stammtisch Neukölln für RM-Pressefest	66,50
15. 6.	Arbeitertreff Lübeck	96,52
15. 6.	Buchladen RM Lübeck, Spendendose	147,79
20. 6.	P. K., München	100,00
20. 6.	Arbeitertreff Barmbeck v. 27.5.	25,00
20. 6.	Arbeitertreff Barmbeck v. 3. 6. für RM-Pressefest	17,70
24. 6.	Zeltlager der RG München und Erding	49,00
29. 6.	Sammlung der RHD, Pressefest Hamburg	450,00
29. 6.	Sammlung auf dem Pressefest in Hamburg	4.426,59
29. 6.	Sammlung auf dem Pressefest in Dortmund	2.500,00
6. 7.	P. K., München	200,00
8. 7.	Skatrunde Bielefeld	12,00
8. 7.	Spende vom RM-Verkauf/Oberhausen	15,00
21. 7.	K.-H. G., Darmstadt	105,00
2. 8.	P. K., München	110,00
22. 8.	Buchladen RM, Stuttgart	110,00
23. 8.	G. R., Kiel	30,00
	zusammen	**8.561,10**

III. Spenden für die Sektion DDR

3. 6.	Buchladen RM, Bielefeld	18,40
8. 6.	Stammtisch Neukölln	35,50
13. 6.	Zelle Telefunken Schwedenstr., Westberlin	165,00
20. 6.	Arbeitertreff Barmbeck v. 13.5.	16,03
19. 7.	Buchladen RM, Köln	110,00
16. 8.	J. Sch., Karlsruhe	10,00
18. 8.	Stammtisch Neukölln	88,00
18. 8.	P. K., München	100,00
24. 8.	C. A., Hanau	200,00
	zusammen	**742,93**

IV. Spenden für politisch Verfolgte

7. 6.	Pfingstzeltlager der RG Bremen	180,00
20. 6.	Arbeitertreff Barmbeck v. 20.5.	28,55
22. 6.	Sammlung der RHD a. d. RM Pressefesten in Dortmund und Westberlin für RM-Prozesse	2.499,20
4. 7.	RM-Leserkreis, Schlüchtern	50,00
8. 8.	W. H. u. C. St., München	200,00
	zusammen	**2.957,75**

Insgesamt gingen somit an Spenden ein: 14.962,70

Wir danken allen Kollegen und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Verteidigt das revolutionäre Erbe des Genossen Mao Tsetung!

Vor einem Jahr, am 9. September 1976, ist Genosse Mao Tsetung gestorben. Mit ihm hat das chinesische Volk, haben die chinesischen Kommunisten ihren bedeutendsten Führer und Lehrer verloren. Mit ihm haben die internationale kommunistische Bewegung, die Völker der Welt einen bedeutenden Marxisten-Leninisten und vorbildlichen proletarischen Revolutionär verloren.

Mao Tsetung führte die chinesische Revolution zum Sieg. Das bevölkerungsreichste Land der Erde hat mit diesem Sieg das schwere Joch des Imperialismus, des Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus abgeschüttelt. Auf den Trümmern der alten Gesellschaft, die für die chinesischen Volksmassen nichts als Hunger und Elend, Erniedrigung und Unterdrückung bedeutet hatte, bauten die Massen mit großem Elan den Sozialismus auf. Unter Mao Tsetungs Leitung festigte die Kommunistische Partei Chinas die Diktatur des Proletariats und unterdrückte energisch die Bestrebungen zahlreicher bürgerlicher Elemente, in China den Kapitalismus zu restaurieren. Die von Mao Tsetung persönlich eingeleitete Große Proletarische Kulturrevolution versetzte solchen Elementen schwere Schläge.

Die Erfahrungen der chinesischen Revolution und der Festigung der Diktatur des Proletariats in China unter Mao Tsetungs Führung, bilden für die Kommunisten in aller Welt für das Weltproletariat und die unterdrückten Völker einen großen Schatz und eine mächtige Hilfe für ihren eigenen Kampf.

Mao Tsetung ist tot, er ist nicht mehr unter uns, aber sein revolutionäres Werk, das er uns hinterlassen hat, ist unsterblich. Daran ändert sich nichts, auch wenn es schon heute zahlreiche Strömungen gibt, die versuchen, das revolutionäre Erbe Mao Tsetungs zu verfälschen, zu verstümmeln und zu verdrehen. Das Auftreten einer solchen Strömung hat uns nicht unvorbereitet getroffen. In seiner Trauerrede zum Tode des Genossen Mao Tsetung sagte Genosse Ernst Aust bereits: ***„Es ist sicher, daß, während wir, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, die Völker der Welt um unseren Genossen und großen Führer Mao Tsetung trauern, es Kräfte des Imperialismus, des Revisionismus gibt, die ihre unverhohlene Freude nur schlecht hinter verbalen Beileidsadressen verbergen, die hoffen, das revolutionäre China Mao Tsetungs würde nun seine Farbe ändern. Es ist sicher, daß gewisse Kräfte, Konterrevolutionäre, Revisionisten und Renegaten, aus ihren Löchern hervorkriechen werden, daß sie unter Berufung auf die Lehre Mao Tsetungs versuchen werden, wie sie dies schon mit der Lehre von Marx und Lenin taten, diese ihres revolutionären Inhalts zu berauben."***

Aber die Revolutionäre, sowohl in China, wie in der ganzen Welt, werden es nicht zulassen, daß Mao Tsetungs revolutionäres Werk in den Schmutz getreten wird. Diejenigen, die solche Versuche unternehmen, sind auf längere Sicht gesehen unweigerlich zum Scheitern verurteilt.

Mao Tsetungs Kampf gegen den modernen Revisionismus ist unvergänglich!

Dieser Kampf der KPCH unter Führung Mao Tsetungs für die Verteidigung der revolutionären Prinzipien, für die vollständige Demaskierung des modernen Revisionismus, hat allen Marxisten-Leninisten eine scharfe Waffe gegen solche Strömungen des Verrats in die Hand gegeben. **Wer diese Waffe benutzt, wer diese Lehren sorgfältig studiert, wird seine Wachsamkeit gegen neues Aufkommen von Revisionismus verstärken, er wird in der Lage sein, zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus zu unterscheiden, auch wenn der Revisionismus in immer neuen Gewändern auftaucht.**

Indem die KPCH, geführt von Mao Tsetung, diese scharfe Waffe schmiedete und in der schwierigen Situation der 60er Jahre Seite an Seite mit der Partei der Arbeit Albaniens, mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, kompromißlos und entschieden dem modernen Revisionismus entgegentraten, haben sie dem Weltkommunismus, uns und vielen Generationen nach uns einen unschätzbar wertvollen Dienst erwiesen. Sie haben gezeigt, daß sich die historische Strömung des Sozialismus, von niemandem, auch nicht von den übelsten Verrätern aufhalten läßt.

Auch heute nicht von den Gegnern Mao Tsetungs, die sich zur Tarnung als seine Schüler hinstellen.

Im folgenden soll anhand einiger wichtiger Aspekte der Kampf des Genossen Mao Tsetung gegen den modernen Revisionismus gezeigt werden. (Anm. der Red.: Leider sind die von Mao Tsetung persönlich gezeichneten Texte gegen den modernen Revisionismus Chruschtschows im wesentlichen nicht veröffentlicht, so daß wir uns hauptsächlich auf die Texte der Großen Polemik stützen, deren Ausarbeitung direkt unter der Leitung des Genossen Mao Tsetung stand).

Der Machtantritt der modernen Revisionisten in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins bedeutete für die Sache des Sozialismus, für die sowjetischen Völker und für die Völker der Welt einen schweren Rückschlag. Die sozialistische Sowjetunion, die bei allen Völkern großes Ansehen genoß, die ruhmreiche Partei Lenins und Stalins waren dabei, die Farbe zu wechseln.

Die Führung der KPdSU, die bereits auf dem XX. Parteitag mit ihren revisionistischen Thesen hervorgetreten war, warf nach und nach alle Prinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord. Sie mißachtete die von allen Bruderparteien in den Erklärungen von 1957 und 1960 zusammengefaßten Prinzipien des Marxismus-Leninismus, und entfaltete eine wilde Wühlarbeit in der internationalen kommunistischen Bewegung; sie arbeitete mit dem imperialistischen Lager zusammen. In dieser Situation eröffneten die KPCH unter Führung Mao Tsetungs und die PAA unter Führung Enver Hoxhas das

Feuer auf den revisionistischen Verrat

Entschlossen verteidigten sie die revolutionären Prinzipien, die von der Chruschtschow-Clique vollends verraten wurden. Kurz zusammengefaßt ging es um die Verteidigung der Prinzipien: *„Proletarier aller Länder vereinigt Euch; Proletarier aller Länder vereinigt Euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; festigt und stärkt das sozialistische Lager; realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem."* (Polemik)

Die Chruschtschow-Revisionisten hatten sich von allen diesen ewig gültigen revolutionären Prinzipien abgewandt. Diese Abkehr vom Marxismus-Leninismus nannten sie „seine schöpferische Weiterentwicklung". Sie führten weiterhin Marx und Lenin im Munde, behaupteten jedoch, inzwischen habe sich die Weltsituation verändert, man sei in eine neue Etappe eingetreten, und neue Verhältnisse erforderten eine **neue Strategie.** Sie setzten damit Bernsteins und Kautskys Tradition fort, die ebenfalls behaupteten, seit Marx hätte die Welt ihr Wesen verändert und man brauche daher eine neue „Strategie". Heute gibt es erneut Fortsetzer dieser unrühmlichen Tradition, die behaupten, die „drei-Welten-Theorie" sei keineswegs eine Revision des Marxismus-Leninismus, sondern eine Weiterentwicklung. Sie benutzen sogar den Namen des Genossen Mao Tsetung, um dieses Manöver, mit dem sie gegen den Marxismus-Leninismus auftreten, glaubhafter zu machen.

Aber betrachten wir den Kampf, der von Mao Tsetung geführten KPCH gegen die „Theorien" der Revisionisten, so können wir feststellen, daß es sich hierbei um ein durchsichtiges Lügenmanöver handelt.

Mao Tsetung bekämpft die Theorie vom „friedlichen Imperialismus"

Im Zeitalter der Atombombe, meinte Chruschtschow, könne man einen Krieg nicht mehr riskieren. Die Völker müßten daher Ruhe halten, den Imperialismus ja nur nicht provozieren, mit den Imperialisten verhandeln, dann würden diese schon eines Tages sehen, daß der Kommunismus die bessere Lösung sei. Außerdem seien die Imperialisten inzwischen vernünftig genug, von sich aus keine Atomwaffen einzusetzen, keinen Krieg vom Zaun zu brechen — weil sie ja die vernichtende Wirkung der Atomwaffen auch nicht wollten. So stellte Chruschtschow die Atomwaffen als die große historische Wende hin, die den Imperialismus „friedlich" gemacht hat — vorausgesetzt, er wird nicht provoziert. Er leitete davon eine Politik ab, die die friedliche Koexistenz an die erste Stelle stellt, die den Völkern Revolutionen verbietet und sie zu Bittstellern bei den Imperialisten machen sollte, die für das Gleichgewicht der imperialistischen Mächte eintrat, natürlich auf Kosten des Proletariats und der unterdrückten Völker. In seiner Rede auf einer UNO-Vollversammlung sagte Chruschtschow z. B.: „Daher apellieren wir an die Vernunft und den Weitblick der Völker der westlichen Welt, an ihre Regierungen und Vertreter in dieser hohen Versammlung der UNO: Laßt uns Schritte zur Beseitigung des Kolonialregimes vereinbaren und damit diesen gesetzmäßigen Prozeß beschleunigen."

Die KPCH unter der Führung Mao Tsetungs entlarvte dieses revisionistische Zeug: ***„Chruschtschow und andere propagieren mit großem Lärm ihre Behauptung, daß, selbst während der Imperialismus weiterbesteht, alle Kriege vermieden werden könnten und ‚eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege' ins Leben gerufen werden könne. Das ist nichts anderes als Kautskys Theorie vom ‚Ultra-Imperialismus', die schon längst Schiffbruch erlitten hat. Ihr Ziel besteht ganz deutlich darin, die Völker aller Länder glauben zu machen, daß unter dem Imperialismus der ewige Frieden herbeigeführt werden könne, um so die Revolutionen, die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege gegen den Imperialismus und seine Lakaien abzuschaffen und damit in Wirklichkeit dem Imperialismus zu helfen, einen neuen Krieg vorzubereiten."*** (Polemik).

Ganz offensichtlich hielt Mao Tsetung überhaupt nichts davon, sich auf den „Weitblick" und die „Vernunft" irgendwelcher imperialistischen Politiker zu stützen, denn er entlarvte dies als Entwaffnung der Völker. Und trotzdem gibt es heute Leute, die sich auf ihn berufen und behaupten, er sei als angeblicher Schöpfer der „drei-Welten-Theorie" dafür, die Völker, die unter der Knute des US-Imperialismus und anderer westlicher Imperialisten stehen, zum Stillhalten aufzufordern, um ja nicht die Aufrüstung dieser Imperialisten zu stören, damit das Gleichgewicht mit dem sowjetischen Sozialimperialismus erhalten bleibt. Die Sicherung des Weltfriedens wird also in die Hände der westlichen Imperialisten gelegt. Ihre Aufrüstung für den Krieg wird als „Friedensrüstung" gepriesen. Sind wir heute wieder soweit, daß zumindest ein Teil des Imperialismus angeblich friedlich geworden ist? Daß die Völker ihr Schicksal ruhig in die Hände der einen Supermacht legen können? Daß nicht das Volk, sondern die Bewaffnung der Imperialisten das Entscheidende ist? Ja, wir sind heute wieder soweit, daß dies von einem ernst zu nehmenden Teil der kommunistischen Weltbewegung behauptet wird. Aber auf Mao Tsetung berufen können sie sich dabei nicht ernsthaft, denn er schlägt dieser Theorie mit dem Satz aus der Polemik ins Gesicht: ***„Der Weltfrieden kann nur von den Völkern erkämpft, nicht aber bei den Imperialisten erbettelt werden. Nur wenn man sich auf die Volksmassen stützt und der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik die Spitze bietet, kann man den Frieden wirksam verteidigen."*** (Polemik)

Mao Tsetung bekämpft die Theorie vom „friedlichen Übergang"

Nachdem die Chruschtschow-Revisionisten dem Imperialismus Friedfertigkeit und Vernunft bescheinigt hatten, machten sie auch den nächsten Schritt, indem sie die Theorie vom „friedlichen Übergang" vom Kapitalismus zum Sozialismus aufstellten. Sie behaupteten, daß aufgrund der geänderten Weltsituation (Stärke des sozialistischen Lagers) heutzutage das Proletariat die Macht auf friedlichem, auf parlamentarischem Wege übernehmen könne. In seinen Tagträumen ging Chruschtschow sogar so weit zu behaupten, die Bourgeoisie würde unter bestimmten Bedingungen sogar die Produktionsmittel an das Proletariat verkaufen. Diesen blühenden Unsinn bezeichnete Chruschtschow als eine weitere „schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus".

Die Polemik entlarvte diese neue Schöpfung Chruschtschows als vollständige Revision des Marxismus-Leninismus: ***„Die gewaltsame Revolution ist ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt uns, daß die Wasserscheide zwischen dem Marxismus einerseits und dem Opportunismus und Revisionismus aller Schattierungen andererseits, zwischen den proletarischen Revolutionären und den Verrätern am Proletariat seit eh und je dort verläuft, wo es darum geht, ob die gewaltsame Revolution als allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution anerkannt wird oder nicht, ob die Notwendigkeit der Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie und des Ersatzes der Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats anerkannt wird oder nicht."*** (Polemik)

Damit wurde den sowjetischen Revisionisten die gebührende Antwort darauf erteilt, daß sie mit ihrem Gerede vom „friedlichen Übergang" versuchten, die zum Sozialismus strebende Arbeiterklasse zu entwaffnen, sie auf die hinterhältigste Art und Weise den blutrünstigen Fallen der Bourgeoisie wehrlos auszuliefern.

Es ist das historische Verdienst der KPCH und der PAA, daß diese Theorie vom „friedlichen Übergang" heute bei allen ehrlichen Revolutionären nur Abscheu hervorruft, denn sie ist allseitig entlarvt und gebrandmarkt.

Die Revisionisten in neuem Gewand wären sofort ertappt, sollten sie den „friedlichen Übergang" offen propagieren. Sie mußten sich also etwas Neues einfallen lassen, um den gleichen Effekt zu erzielen und trotzdem ihre Tarnung zu behalten.

Sie haben einen Weg der Täuschung gefunden: Die „drei-Welten-Theorie" ist für sie eine unerschöpfliche Quelle zur allseitigen Revision des Marxismus-Leninismus. Einerseits stellen sie die Frage, ob ein Land sozialistisch oder kapitalistisch ist, als eine unwesentliche, nebensächliche Frage hin. Wesentlich sind für sie Merkmale wie „blockfrei", „Entwicklungsland", „Land der zweiten Welt" etc. Den Kampf für den Sozialismus in den westlichen Ländern stellen sie als vergeblich und unnütz, ja sogar als schädlich dar, weil er ja angeblich durch die Schwächung des betreffenden Imperialismus dem „Hauptfeind Sozialimperialismus" nützen würde. Andererseits unterstützen und fordern sie die Aufrüstung der westlichen Imperialisten, obwohl sie sehr wohl wissen, gegen wen diese Waffen gerichtet werden, gegen die Arbeiterklasse, gegen das Volk.

In unserem Land ist es die GRF, die auf diese Weise versucht, den „friedlichen Übergang" durch die Hintertür zu propagieren: So heißt es in der „Roten Fahne": „Die Revolution im eigenen Land zu predigen" ist „das Heldentum der Phrase, schlimmer noch, das ist der zeitgemäße Ausdruck des Trotzkismus in den Reihen der revolutionären Bewegung."

Hätten diese Leute wenigstens noch Mut, dann würden sie heute schon so weit gehen und offen Mao Tsetung als Trotzkisten beschimpfen.

Mao Tsetung entlarvt die Hintergründe der Beziehungen der modernen Revisionisten zur Tito-Clique

Tito ist der Vater des modernen Revisionismus in Europa. Unter seiner Regie wurde in Jugoslawien als erstem sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert. Jugoslawien war das erste Experiment und das Modell der US-Imperialisten, wie man eine Burg von innen nimmt, wie man ein sozialistisches Land in einen Vasallen des Imperialismus umwandelt, ohne das Etikett „sozialistisch" zu streichen. 1960 sprachen die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien das Urteil über Titos Verrat. In der Erklärung heißt es u. a.: ***„Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien'***

der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt."

In der großen Polemik der KPCH wird aufgezeigt, wie Chruschtschow unverblümt diese Erklärung negiert, wie er das „jugoslawische Modell" als Schüler Titos studiert, um Erfahrungen für die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion zu sammeln. Chruschtschow scherte sich nicht um die Beschlüsse der Konferenz von 1960. Kaum war die Tinte trocken, schon sprach er von Jugoslawien als einem „sozialistischen Land". Er warf sich Tito in die Arme, um ihn zu rehabilitieren. Doch in Wirklichkeit zeigte er damit selbst, daß es zwischen ihm und Tito keinen Wesensunterschied gab. In der Polemik heißt es: ***„Chruschtschow verbrüderte sich so eng mit der Tito-Clique, nicht etwa, weil sie ihre Fehler korrigiert hat, sondern weil Chruschtschow in Titos Fußstapfen tritt.***" U. a. heißt es weiter: ***„Die Tito-Clique hat sich das Etikett ‚blockfrei' umgehängt, um das sozialistische Lager zu bekämpfen. Auch Chruschtschow sagt: ‚Bezeichnungen wie Blöcke sind nur zeitweilige Erscheinungen'. Beide wollten das sozialistische Lager liquidieren.***"

Auch heute gibt es wieder Bestrebungen, Tito salonfähig zu machen. Doch dieser Versuch wird genauso scheitern wie der Versuch Chruschtschows, Tito Ansehen zu verleihen. Die Verbrüderung ist lediglich ein Indiz dafür, daß auch diese neuen Freunde in Titos Fußstapfen eintreten.

Mao Tsetung weist den „Führungsanspruch" der modernen Revisionisten der KPdSU zurück

Es ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus, daß alle kommunistischen Parteien, ob klein oder groß, ob an der Macht oder nicht an der Macht, das gleiche Recht haben, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ihre Linie festzulegen, Beschlüsse zu fassen und ihre Ansichten zu äußern, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu regeln. Obwohl die modernen Revisionisten damals verbal anerkannten, daß es keine „höherstehenden" und „untergeordneten" Parteien gäbe, haben sie in Wirklichkeit genau umgekehrt gehandelt.

— Sie sahen die revisionistische Linie und Beschlüsse ihres Parteitages als für alle Bruderparteien verbindlich an und bezichtigten Parteien wie die PAA und die KPCH,als diese sich nicht fügten, des Spaltertums.

— Ohne Konsultation der anderen Bruderparteien legten sie in Fragen, die nicht ihre inneren Angelegenheiten betrafen, wie in der „Stalinfrage", der Frage des „friedlichen Übergangs" etc. eine neue Linie fest, revidierten damit den Marxismus-Leninismus und verlangten von den anderen Parteien, das Gleiche zu tun.

— Sie setzten die zwischenstaatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern als Druckmittel gegen deren Parteien ein.

— Sie bezeichneten jede Kritik der Bruderparteien an ihrer revisionistischen Linie als „antisowjetisch".

Die Polemik gab ihnen darauf die richtige Antwort: ***„Es ist eine sehr schlechte Angewohnheit, Euch so sehr als Patriarchenpartei zu gebärden. Das verstößt gegen alles Recht. In der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 wird nachdrücklich festgestellt, daß alle kommunistischen Parteien unabhängig und gleichberechtigt sind. Nach diesem Prinzip darf es unter den Bruderparteien keinesfalls Beziehungen wie die zwischen leitender und geleiteter Partei geben, und erst recht nicht Beziehungen wie die zwischen einem patriarchalischen Vater und seinem Sohn.***" (Polemik)

Heute kann man deutlich sehen, wie weit die Sowjetrevisionisten ihren Führungsanspruch trieben. Sie haben den größten Teil der ehemals sozialistischen Länder ihrem sozialimperialistischen Imperium eingegliedert und profitieren an der Ausbeutung der Arbeiter der ehemaligen Bruderländer.

Obgleich Genosse Mao Tsetung diesen „Führungsanspruch" der Revisionisten voll zurückgewiesen hat, sind wir heute wieder in einer ähnlichen Situation, die sich nur der Form nach von damals unterscheidet. Es gibt heute sogar kommunistische Parteien, die mal diese und mal jene Partei, mal diesen oder jenen Zirkel ihre Bruderpartei nennen, immer diejenigen, die ihnen am besten nach dem Munde reden. Wer ihre Linie nicht anerkennt, oder sich nicht mit all ihren Beschlüssen einverstanden erklärt, existiert für sie nicht mehr. Durch diese Spaltertätigkeit, durch Intrigen und Erpressung soll allen Parteien ihre opportunistische Linie aufgezwungen werden.

Es gibt heute Parteien, die in ihren Organen schreiben, die „drei-Welten-Theorie" sei die neue Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, sei die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, obwohl ein Großteil der kommunistischen Parteien diese Theorie als revisionistisch zurückgewiesen hat.



Weil wir gelobt haben, das revolutionäre Erbe Mao Tsetungs zu verteidigen, werden wir uns mit solchem Spaltertum niemals einverstanden erklären, denn es widerspricht dem Wesen der von Mao Tsetung verfolgten Politik.

Der Kampf des Genossen Mao Tsetung gegen die Restauration des Kapitalismus in China

Der Kampf des Genossen Mao Tsetung gegen den modernen Revisionismus richtete sich nicht nur gegen die internationale Strömung, sondern er führte ihn auch in der eigenen Partei, im eigenen Land. Auch in der KPCH gab es Elemente, die den kapitalistischen Weg gehen wollten. Sie rissen einen Teil der Macht in Partei und Staat an sich und bildeten ein bürgerliches Hauptquartier. Als Mao Tsetung im August 1966 mit seiner Wandzeitung

„Bombardiert das bürgerliche Hauptquartier!"

den Startschuß für die Kulturrevolution gab, zeigte er den chinesischen Volksmassen und der Welt, daß die Entartung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder keine Zwangsläufigkeit ist, auch wenn Revisionisten schon bestimmte Positionen in Partei und Staat an sich gerissen haben. Der Kampf der Volksmassen versetzte den chinesischen Revisionisten, deren Hauptanführer Liu Schao-tschi war, mächtige Schläge. Im ganzen Land entfaltete sich der Kampf der Volksmassen gegen die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg. Mao Tsetung unterstützte die revolutionäre Bewegung der Arbeiter mit den Worten: ***„Proletarische Revolutionäre vereinigt Euch und entreißt der Handvoll von Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, die Macht.***"

Naturgemäß brachen die bürgerlichen Elemente, die von den Volksmassen gehaßt und bekämpft wurden, in ein großes Geschrei nach Ordnung aus. Die internationale Bourgeoisie stimmte in diesen Chor ein und betrieb eine beispiellose Hetze gegen das sozialistische China und gegen den Genossen Mao Tsetung. Die Bourgeoisie verbreitete Gerüchte, in China sei das Chaos ausgebrochen, die Wirtschaft zusammengebrochen etc. Mao Tsetung antwortete ihnen: ***„Große Unordnung im Land führt zu großer Ordnung. Und so wiederholt es sich alle sieben bis acht Jahre. Die Teufel und Dämonen kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, daß sie bestimmt auf den Plan treten.***" (1966)

Während der Kulturrevolution gab es auch solche Kräfte, wie Lin Biao und andere, die sich zuerst scheinheilig auf die Seite der Kulturrevolution stellten, um ihren eigenen Kopf zu retten. In Worten lobten sie Mao Tsetung hoch, konnten ihm nicht genug Titel verleihen, priesen jedes einzelne Wort von Mao Tsetung als „genial", und in der Tat versuchte Lin Biao ihn zu ermorden. Dieses Komplott konnte durchkreuzt werden. Die Kulturrevolution wurde mit einem Sieg der Linie Mao Tsetungs abgeschlossen.

Der Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution war für die gesamte kommunistische Weltbewegung von hervorragender Bedeutung. Er gab dem internationalen Kampf gegen den modernen Revisionismus neuen Auftrieb und trug dazu bei, daß in zahlreichen Ländern neue marxistisch-leninistische Parteien gegründet wurden.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß so wie damals auch heute die Kulturrevolution von der alten und der neuen Bourgeoisie heftig angegriffen wird. Doch wer sich gegen die Kulturrevolution stellt, der stellt sich gegen Mao Tsetung. Um sich nicht offen gegen Mao Tsetung stellen zu müssen, versuchen verschiedene Opportunisten die Kulturrevolution zwar verbal zu lobpreisen, jedoch ihren revolutionären Kern und Charakter als „links"abweichlerisch und anarchistisch zu diffamieren.

So wird versucht, das Zitat von Mao Tsetung „Große Unordnung schafft große Ordnung" vollständig zu verdrehen und seines revolutionären Inhalts zu berauben. Mit Unordnung meinte Mao Tsetung selbstverständlich die revolutionären Aktivitäten der Massen, um die bürgerlichen Elemente aufzuspüren und zu stürzen. Unterstellt wird ihm jedoch, er hätte lediglich die Unruhe unter den Feinden gemeint, die man ausnutzen muß, um Ordnung zu schaffen. Aber wäre dafür eine große Revolution nötig? Nein!

Mao Tsetung hat bei vielen anderen Gelegenheiten betont, daß die Mobilisierung der Massen notwendig ist, daß sie nicht gebremst werden darf. Während der Kulturrevolution hat er diejenigen Kader kritisiert, die versuchten, den Elan der Massen zu bremsen. Wäre das nötig gewesen, wenn es nur darum gegangen wäre, Unruhe unter den Feinden zu stiften? Die Unruhe mußte sich auf das ganze Land ausdehnen, damit die Feinde von den Massen überhaupt aufgespürt werden konnten.

Wer etwas anderes vertritt, zeigt nur zu deutlich, daß er mit den in der Kulturrevolution gefällten Urteilen nicht einverstanden ist und diese umstoßen will. Wieso könnte man sonst eine derartig unsinnige These aufstellen?

Genosse Mao Tsetung hat des öfteren betont, daß mit der Kulturrevolution der Kampf gegen bürgerliche Elemente **nicht** abgeschlossen ist. Er erzog die Volksmassen dazu, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied zu betrachten, alle Fragen vom Klassenstandpunkt her zu analysieren. Gegen diese von Mao Tsetung geführte Erziehungsbewegung gab es bis hinein in die höchste Führung der KPCH harte Widersprüche. Es gab starke Kräfte, die etwas dagegen einzuwenden hatten, daß man die Fragen der Produktion, die Fragen der Politik Chinas vom Klassenstandpunkt her analysiert und löst. Sie vertreten ein sogenannten pragmatisches Konzept, das Mao mit den Worten entlarvte: ***„Dieser Mensch*** (Deng Hsiao-ping) ***packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied.***" und ***„Was soll das, ‚die drei Weisungen als Hauptkettenglied betrachten'! Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben, der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt davon ab.***"

Gegen eben diese Kräfte entfachte Mao persönlich den sogenannten „Kampf gegen den Wind von rechts". Er entfachte diesen Kampf, weil er die Gefahr einer revisionistischen Entartung der KPCH und die Gefahr der Restauration des Kapitalismus auf China zukommen sah. Das drückte sich darin aus, wenn er sagte: ***„Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur beschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen.***" (1975)

Als er den Kampf „Gegen den Wind von rechts", als dessen Hauptvertreter Genosse Mao Tsetung Deng Hsiao-ping sah, einleitete, stellte er fest: ***„Die sozialistische Revolution richtet sich nun gegen sie selbst. Während der Vergenossenschaftlichung gab es in der Partei Leute, die dagegen waren, und sie haben Widerwillen gegen die Kritik am bürgerlichen Recht. Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt, sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei — es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Diese Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg immer noch.***"

Noch während dieser große Kampf gegen die bürgerlichen Elemente in der Partei tobte, noch während des Kampfes für die Einschränkung des bürgerlichen Rechts starb Genosse Mao Tsetung.

Bis zu seiner letzten Stunde hat dieser große Revolutionär mit beispiellosem Elan gegen bürgerliche Elemente in der Partei, die den kapitalistischen Weg einschlagen wollen, gekämpft.

Er starb, ohne daß dieser Kampf entschieden wurde.

Heute sieht die Führung der KPCH die Schaffung von Stabilität und Einheit im Land als die wichtigste Aufgabe an. Sie beruft sich dabei auf Genossen Mao Tsetung.

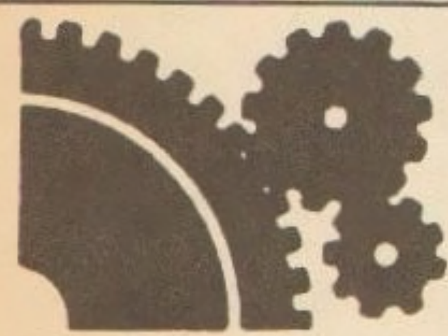
Es gibt heute viele Kräfte, Gruppierungen und Parteien, die sich auf Mao Tsetung berufen und sein revolutionäres Werk nach ihrem Belieben auslegen, verfälschen oder verdrehen.

Lenin sagte dazu einmal treffend: ***„Mit der Lehre von Marx geschieht jetzt dasselbe, was in der Geschichte wiederholt mit den Lehren revolutionärer Denker und Führer der unterdrückten Klassen in ihrem Befreiungskampf geschah. Zu Lebzeiten der großen Revolutionäre hatten die unterdrückenden Klassen für sie nur ständige Verfolgungen übrig, sie begegneten ihrer Lehre mit wildestem Ingrimm, wütendstem Haß, zügellosestem Lügen- und Verleumdungsfeldzug. Nach ihrem Tod versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, ihren Namen einen gewissen Ruhm einzuräumen zur ‚Tröstung' und Betörung der unterdrückten Klassen, indem man die revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert. In einer solchen ‚Bearbeitung' des Marxismus finden sich jetzt die Bourgeoisie und die Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammen...***"

Ewiger Ruhm dem Genossen Mao Tsetung!

Wir werden das revolutionäre Werk Mao Tsetungs verteidigen!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Arbeitsbedingungen bei der Auskunft:

„. . . da können wir lieber vom Schemel kippen"

Viele von uns brauchen oft mal dringend eine Telefonnummer, die im Telefonbuch der Post nicht zu finden ist. Man ruft mal schnell die Auskunft an und erhält meist freundlich von den dortigen Mädchen und Frauen eine Antwort.

Wo aber steht in irgendeiner Zeitung etwas darüber, unter welchen Bedingungen die Frauen dort in der Auskunft arbeiten müssen? Da kann man lange suchen und wird dann doch nichts finden.

Wie sieht es nun also aus mit den Arbeitsbedingungen bei der Auskunft? Es fängt schon bei der Neuanstellung an: Lehre? Die braucht man hier nicht, nur einen Lehrgang, den man nach wochenlangem Einpauken von Städtenamen und Zahlen mit einer Prüfung ablegt. So — und das reicht, um dich für alle Jahre auf die Hühnerstange in dem Auskunftsraum zu verbannen.

Hat man dir während der Lehrgangszeit noch eingeredet, du könntest in dieser oder jener Abteilung noch viel dazulernen, du könntest dich als Fernmeldetechniker(in) weiterbilden, du kämst auf Wunsch natürlich auch ins Büro — so siehst du dich heute, genauso wie vor Jahren, mit einem Kopfhörer auf der Bank vor deinem Mikrokartenbildschirm sitzen.. Ins Büro dürfen zwar auch welche, aber nur die, die Beziehungen haben, und zwar nach oben hin. —

Keine Lehre, keine Ausbildung und von abwechslungsreicher Arbeit keine Spur. Tag für Tag sitzt du im abgedunkelten Raum vor deinem Schirm, damit du dir deine Augen noch schneller verdirbst und möglichst bald eine Brille brauchst.

Die Arbeit geht rund um die Uhr: Frühschicht — Spätschicht — Nachtschicht.

Nachts darfst du dich zwei Stunden hinlegen, aber auch wirklich nur 120 Minuten, dann steht schon eine von der Aufsicht neben dir und ist ungehalten, daß du es gewagt hast, auch nur fünf Minuten länger zu schlafen. Am nächsten Morgen kann man nach der Nachtschicht meist nicht schlafen, dann sausen einem Tausende von Telefonnummern durch den Kopf.

Im Sommer, wenn es sehr heiß ist, wie im letzten Jahr, wird es in unserem Raum durch die Abdunkelung sehr stickig und manchmal wird einem richtig übel oder man kriegt wahnsinnige Herzklopfen von der schlechten Luft. Aber eine Klimaanlage kostet zuviel Geld. Dafür können wir lieber vom Schemel kippen, irgendwie kriegt man uns ja doch wieder hoch! —

Rückt die Urlaubszeit heran, dann darf man seinen zweiwöchigen Urlaub (mehr darf man bei uns nicht nehmen) kurzfristig beantragen.

Doch bald darauf wird man hochgerufen: „Was, Sie wollen in dieser Zeit Urlaub nehmen?" (August, September für Unverheiratete)

„Das müssen wir erst sehen, ob daraus was wird!"

Antwortest du dann: „Aber ich habe die Reise doch schon geplant", so heißt es: „Das können wir aber nicht versprechen."

Ganz abgesehen davon, daß wir nur zwei Wochen Urlaub machen dürfen (den Rest irgendwann nachholen), bleibt den meisten Mädchen nichts anderes übrig, als sich im Frühherbst zu erholen.

Berufskrankheiten treten bei uns immer häufiger auf: Sehnenscheidenentzündungen durch das ständige Umblättern von Mikrokarten; Sehstörungen durch die Dunkelheit im Auskunftsraum; Übernervosität und Kreislaufstörungen durch die eintönige Arbeit und nc.vliche Belastung.

Als letztens eine Kollegin, die an chronischer Sehnenscheidenentzündung erkrankte, um eine Umsetzung ins Büro bat, erklärte man ihr, entweder sie arbeite weiter in der Auskunft oder sie könne ja gehen, es warten ja genug draußen.

An dieser Stelle kann man nicht alle Schweinereien aufzählen, die die Postleitung, Abteilungsleiter, Aufsichten gemeinsam in Zusammenarbeit mit unserem Personalrat gegen uns in der Auskunft aushecken. Es würde ein Buch werden...

Diesen Artikel habe ich nach ausführlichen Gesprächen und einem Bericht meiner Schwester, die seit fünf Jahren in der Auskunft arbeitet, geschrieben. Meine Schwester hatte noch nicht den Mut, selbst an den „Roten Morgen" zu schreiben, aber sie sagte nach unserem letzten Gespräch: „Schreibe das bitte ruhig an euren ‚Roten Morgen'. Vielleicht schreiben die ja mal was über unsere Lage. Schicke mir dann, wenn etwas über unsere Lage veröffentlicht wird, den „Roten Morgen' oder bringe ihn mir vorbei. Es wäre schön, wenn tatsächlich mal eine Zeitung darüber berichtet. In allen anderen Zeitungen wird ja alles totgeschwiegen."

Rotfront!
Eine Genossin aus Bremen

Lernschwestern: „Wir lassen uns nichts mehr gefallen!"

Wir arbeiten als Lernschwestern im dritten Kurs in einem kleinen Krankenhaus, das teils vom Staat, teils von der Kirche finanziert wird.

Von den 200 Beschäftigten sind 40 als Schüler tätig. Das bedeutet, daß in einer Schicht meist 3 Schüler unter Anleitung von höchstens 2 bis 3 Vollschwestern (häufig nur einer) arbeiten. Unter anderem ist aufgrund dieser Verhältnisse eine optimale Versorgung der Patienten nicht gewährleistet. Ebenso ist die praktische Ausbildung der Schüler miserabel, da z. B. keine Anleitung zur Grundpflege (richtiges Betten, Kathederisieren usw.) gegeben wird.

Hinzu kommt eine schlechte theoretische Ausbildung. Die Aufteilung der Unterrichtsfächer ist sehr fraglich, da im Examenskurs die doppelte Anzahl (zeitweise 13) zu bewältigen ist wie im Anfangskurs. Unsere Unterrichtsschwester versucht mit folgenden Methoden die Schüler fertigzumachen:

— Rausschmiß von kritischen Schülern aus dem Unterricht;

— Einschüchterungsversuche durch Beobachtung und Notizen während des Unterrichts bei anderen Dozenten;

— Anbrüllen der ganzen Klasse sowie Diskriminierung einzelner.

Der Unterrichtsstil unseres Chefarztes besteht darin, daß er ein halbes Jahr Herzkrankheiten unterrichtet, d. h. daß wir sämtliche anderen Krankheitsbilder nicht behandeln lernen.

Es wird auf diese Art und Weise versucht, die Schüler einzuschüchtern, mundtot zu machen, Kritik zu unterdrücken und einen in die Resignation zu treiben. Da wir diese Methoden der Schulleitung erkannt haben, wehren wir uns dagegen und lassen uns aufgrund einer guten Klassenkameradschaft auch nichts mehr gefallen.

Hoesch/Dortmund

Stahlarbeiter legen Hochofen still

Montag, Frühschicht im Werk Phönix der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund. Empört über die Absicht der Hoesch-Bosse, ihnen an den beiden Hochöfen 3 und 6 die Zeitnehmer auf den Hals zu hetzen, setzen die Arbeiter den Ofen 6 still. Ofen 3 reduzieren sie. Betriebsrat und Vertreter der Betriebsleitung eilen herbei. Nach einer halben Stunde gelingt es ihnen mit Hilfe eines eigens herbeigeholten IGM-Bonzen durchzusetzen, daß die Öfen wieder in Gang gesetzt werden.

Die widerliche Aufgabe der Zeitnehmer besteht bekanntlich darin, sogenannte „objektive" Daten zu ermitteln, die dann dazu dienen, bestimmte Arbeitsplätze für „überflüssig" zu erklären. Die betroffenen Kollegen werden dann umgesetzt oder entlassen und ihre Arbeit muß von denen, die verschont geblieben sind, mit übernommen werden. So treiben die Kapitalisten ihre Profite hoch, wälzen sie die Lasten der Wirtschaftskrise rücksichtslos auf die Arbeiter und kleinen Angestellten ab.

Aber die Aktion an den Hochöfen zeigt: Die Hoesch-Arbeiter nehmen die unverschämten Rationalisierung-angriffe nicht mehr kampflos hin. Vielen Kollegen ist es in den letzten Monaten klarer geworden: Man muß sich wehren, muß sich zum unversöhnlichen Widerstand erheben. Denn seit einigen Wochen und Monaten kamen aus den Chefetagen von Hoesch immer neue Hiobsbotschaften über brutale Angriffe gegen die Belegschaften der Hüttenwerke. Hier seien nur drei der wichtigsten angeführt. Erstens: Im Bereich der Maschinenerhaltung sollen 1.200 Arbeitsplätze „eingespart" werden. Betroffen sind in erster Linie Facharbeiter: Elektriker, Schlosser und Schweißer. Zweitens: Im Martinwerk 3 auf der Westfalenhütte soll ein weiterer Hochofen stillgelegt werden. Da gleichzeitig 125 Kollegen aus dem Martinwerk in andere Abteilungen umgesetzt werden sollen — das sind weitaus mehr, als durch die Stillegung dieses Ofens betroffen sind — ist zu befürchten, daß dies nur der erste Schritt zur gänzlichen Stillegung eines der drei restlichen Siemens-Martinwerke auf Hoesch ist. Drittens: Im Herbst ist wieder eine neue Kurzarbeiterperiode zu erwarten. Die Zeche sollen wieder die Kollegen bezahlen, indem ihnen harte Lohneinbußen aufgehalst werden.

Rationalisierung bedeutet im Kapitalismus immer: brutale Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiter und kleinen Angestellten. Das zeigen alle Erfahrungen, das wissen auch die Mitglieder des Betriebsrats und der Vertrauensleuteleitung (in letzterer sind auch die DKP-Revisionisten stark vertreten). Aber setzen sie nun ihren Einfluß und ihre Positionen im Interesse der Belegschaften ein? Fördern sie den Widerstand, den Kampf, organisieren sie Aktionen gegen die Angriffe der Kapitalisten? Sie tun das genaue Gegenteil!

Sie wollen den Kollegen weismachen, die Rationalisierung sei nicht etwa ein Angriff auf die betroffenen Werktätigen. Im Grunde sei die Rationalisierung auch im Interesse der Arbeiter und kleinen Angestellten, wenn nur durch „Mitbestimmung", durch „Mitplanung der Arbeitnehmervertreter", durch „Investitionskontrolle" gewisse „Einseitigkeiten" verhindert würden. So versuchen sie zu verwischen, was die Rationalisierung im Kapitalismus für die Arbeiter und Angestellten unvermeidlich mit sich bringt: Vernichtung von Arbeitsplätzen, Drücken der Löhne und Gehälter, brutale Verschärfung der Arbeitshetze, Stillegungen, Massenentlassungen, wachsende Arbeitslosigkeit und wachsendes Elend.

Jetzt haben diese Arbeiterverräter und Handlanger der Hoesch-Kapitalisten einen Plan ausgearbeitet, der Richtlinien für die Mitwirkung von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper-Leitung bei der Planung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen angibt. Gemäß diesem Plan soll eine „ständige Arbeitsgruppe im Betriebsrat und Aufsichtsrat zur Investitionsplanung und -lenkung" gebildet werden. Sie soll dann beispielsweise die Frage untersuchen: „Welche Stahltechnologie muß angestrebt werden? Ist sie in der vorhandenen Anlage noch zu verwirklichen?" Im Klartext: Welche Anlagen oder Werke sollen stillgelegt werden, weil sie „veraltet", d. h. im Sinne der Kapitalisten nicht mehr rentabel, profitträchtig genug sind?

Wie sich der Gewerkschaftsapparat und die Kapitalisten gemeinsam um die Stahltechnologie sorgen und was dann dabei für die Arbeiter herauskommt, davon können jetzt z. B. die Kollegen von Thyssen-Niederrhein in Oberhausen ein Liedchen singen. Zwischen den Thyssen-Konzernherren und dem DGB-Apparat wurde vereinbart, daß das „veraltete" Siemens-Martinwerk samt angeschlossener Blockbrammenstraße stillgelegt und durch ein modernes Elektrostahlwerk ersetzt werden soll. Damit werden mindestens 1.200 Arbeitsplätze vernichtet. Hunderte Kollegen sollen einen Tritt erhalten und auf die Straße geworfen werden. Andere werden umgesetzt, werden dadurch weniger verdienen und müssen unter großem Streß an ungewohnten Arbeitsplätzen schuften.

In dem Plan der Arbeiterverräter bei Hoesch zur Mitwirkung der „Arbeitnehmervertreter" bei der Planung und Durchführung der Rationalisierung heißt es zynisch: „Keiner klebt an einem alten Hüttenwerk, einem Walzwerk oder einer Werkstatt". Ja — von diesen bestochenen Handlangern der Kapitalisten, die durch Mitbestimmung und Investitionslenkung Karriere machen wollen, klebt keiner daran. Diese Leute brauchen sich ja auch nicht vor Entlassung und Arbeitslosigkeit zu fürchten, denn ihre Dienste sind den Kapitalisten schließlich unentbehrlich, um die Arbeiter zu spalten und vom Kampf abzuhalten. Sie interessieren sich einen Dreck darum, was aus den Kollegen wird, die durch die Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren.

Aber die Verräter und Mitbestimmungsapostel haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Arbeiter und kleinen Angestellten werden immer entschlossener für die kompromißlose Verteidigung ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Und eines Tages werden sie sich zum Sturz des kapitalistischen Systems durch die sozialistische Revolution erheben und die Kapitalisten mitsamt ihren reformistischen und revisionistischen Handlangern zum Teufel jagen.

Umschüler kämpfen um ihre Rechte

In der Bundesrepublik wird die Zahl derer immer größer, die weder in einem Arbeitsverhältnis stehen, noch offiziell als arbeitslos gemeldet sind. Darunter fallen unter anderem auch die Umschüler. (Korrespondenz).

Haben die Umschüler vielleicht ein schönes Leben, wie manche Leute behaupten und wie es uns im Zusammenhang mit der allgemeinen Hetze gegen die Arbeitslosen von seiten der kapitalistischen Propaganda eingeredet werden soll?

Die Realität sieht anders aus. Wenn man abends nach acht Stunden meist körperlicher Arbeit nach Hause kommt, dann hat man in der Regel noch lange nicht Feierabend. Nun muß man sich mit der Theorie beschäftigen, muß Sachen regelrecht pauken, die man später kaum oder nur zu einem geringen Teil im Beruf brauchen kann. Dazu kommt durch die Notengebung noch ein allgemeiner Leistungsstreß. Gleichzeitig begleitet einen während der ganzen Maßnahme die bange Ungewißheit, ob man in seinem Beruf überhaupt Arbeit bekommt.

Deprimierend ist auch die finanzielle Lage des Umschülers. Die Zuwendungen, die man vom Arbeitsamt erhält, sind gering, gemessen an dem, was man vorher verdient hat. Z. B. werden bei der Berechnung des Unterhaltsgeldes die Überstunden, die man bei seiner früheren Arbeitsstelle gemacht hat, nicht berechnet. Hat aber ein Kollege vorher Kurzarbeit gehabt, wird der geringere Lohn infolge der Kurzarbeit, nicht etwa der Normallohn, als Berechnungsgrundlage genommen.

Eine besondere Schweinerei ist es jedoch, daß während der Umschulungszeit keine Rentenbeiträge vom Arbeitsamt gezahlt werden, ja daß diese Zeit noch nicht einmal als Ausfallzeit, wie z. B. bei der Bundeswehrzeit, berechnet wird. Der Umschüler wird also behandelt, als wäre er nicht jeden Tag zur Arbeitsstelle gegangen, sondern 16, 18 oder 24 Monate als Penner oder Vagabund herumgezogen. Die Folge ist dann, daß der Kollege später als Rentner nach den heutigen Berechnungsgrundlagen ca. 25 bis 30 Mark weniger Rente bekommt.

Eine Gruppe von Umschülern im Ruhrgebiet sammelte nun Unterschriften für die Forderung, daß auch für die Umschüler, genauso wie für normale Arbeitslose, vom Arbeitsamt Beiträge an die LVA oder BVA gezahlt werden müssen.

Sie schickten die Forderung mit den Unterschriften an den Bundesminister für Arbeit und Soziales in Bonn.

Das Ministerium schickte nach einiger Zeit eine Antwort, auf der bestätigt wurde, daß z. Z. keine Beiträge für Umschüler bezahlt werden Aber das 20. Rentenanpassungsgesetz vom 27. 6. 1977 sehe ja vor, daß die Bundesanstalt für Arbeit künftig auch für Umschüler die Beiträge bezahlt.

Dann ist ja alles in Ordnung, denkt man da zunächst. Aber die nächste Seite in dem Antwortschreiben klärt diesen Irrtum bereits auf. Da wird dem erstaunten Leser mitgeteilt, daß die Bundesanstalt für Arbeit wegen der angespannten finanziellen Situation im Moment nicht zahlen könne und die Regelung daher erst am 1. Januar 1979 (!) in Kraft trete. Damit ist dann die Antwort des Ministeriums beendet und für die Herrn in Bonn die Sache offenbar abgetan.

Der Herr Bundesminister hält also die Umschüler für so dumm, daß sie nicht erkennen können, daß aufgrund der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die ja immer schärfer wird, der Staat die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit mit Sicherheit noch mehr austrocknen läßt. Dann wird diese Regelung vermutlich wieder ganz gestrichen werden. Aber der Herr Minister hat sich getäuscht. So leicht lassen sich die Betroffenen nicht verschaukeln. Immer mehr Umschüler werden den Kampf für ihre Rechte aufnehmen.

Keine Arbeit, kein Lohn, keine Berufsausbildung!

Kapitalisten erpressen Lehrstellenbewerber

In diesem Herbst erreicht die Jugendarbeitslosigkeit ihren bisher höchsten Stand. So kommen zum Beispiel heute in Bremen nach Angaben des „Weser Kurier" auf eine freie Lehrstelle schon zwei Bewerber. Der für den Jugendbereich zuständige DGB-Bonze Karl Schwab sprach von einem Anstieg der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf 120.000. Das ist allerdings reine Schönfärberei. In Wahrheit sind es mehrere Hunderttausend Jugendliche, die ohne Arbeit, ohne Lohn, ohne Berufsausbildung und meist auch ohne jegliche staatliche Unterstützung auf der Straße liegen. Aus Furcht vor der Empörung der werktätigen Massen vertuschen die Herrschenden das wahre Ausmaß der Misere und das Elend, das sich unter der proletarischen Jugend ausbreitet.

Von der Statistik des Arbeitsamtes werden z. B. diejenigen arbeitslosen Jugendlichen gar nicht erfaßt, die schon von der Schule weg arbeitslos wurden. Selbst der „Kölner Stadtanzeiger" mußte zugeben, daß die amtliche Statistik „nur die Spitze eines Eisbergs zeigt".

Für viele arbeitslose Jugendliche gibt es kaum noch Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit einmal Arbeit und Lohn bekommen, geschweige denn eine Berufsausbildung. Mancher Junge, manches Mädchen verzweifelt in dieser Situation. Sie sehen keinen Ausweg. Manche versuchen sich mit Drogen über ihr Elend hinwegzusetzen, einige wissen sich sogar keinen anderen Ausweg mehr, als ihrem Leben ein Ende zu machen. So zerbrechen junge Menschen an der brutalen kapitalistischen Wirklichkeit, die der Jugend keine Zukunft bietet, in der nur die Interessen der Kapitalisten zählen.

Wer ist verantwortlich für dieses Elend? Ist es einfach Schicksal, für das niemand verantwortlich zu machen ist? Manche Vertreter der Kapitalistenklasse scheuen sich nicht einmal, offen die Arbeiter selbst zu den Schuldigen zu erklären. Sie gehen mit der unverfrorenen Lüge hausieren, durch „überzogene Lohnforderungen" sei die Wirtschaft ruiniert worden. Immer häufiger werden von seiten der Kapitalisten, von der bürgerlichen Presse oder Vertretern der Bonner Parteien sogar die Arbeitslosen direkt verhöhnt, indem sie als arbeitsscheu diffamiert werden. Das haben die Kapitalisten, diese Schmarotzer, gerade nötig! Wer scheffelt denn Millionen? Wer lebt denn in Luxus und kann seinen Hals nie voll genug kriegen? Wer vernichtet denn aus purer Profitgier Arbeitsplätze? Wer wirft einen Teil der Belegschaft auf die Straße, um den Rest der Kollegen mehr schuften und mehr produzieren zu lassen und so einen höheren Profit aus unseren Knochen herauszuschinden?

Die Arbeitslosigkeit ist keineswegs eine Art von „Naturkatastrophe". Sie ist die unvermeidliche Konsequenz der kapitalistischen Ausbeutung, der Jagd der Kapitalisten nach höchsten Profiten. Und die Kapitalisten nutzen dann die Arbeitslosigkeit skrupellos aus, um uns Werktätige unter Druck zu setzen und uns noch stärker auszubeuten. „Bitteschön — wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen, es stehen genug draußen, die auf Ihre Stelle scharf sind." Wer kennt nicht diese gemeine Drohung der Kapitalisten oder ihrer Antreiber?

Besonders empörend ist es, wie die Kapitalisten den Mangel an Lehrstellen als Mittel zur Erpressung der Jugendlichen ausnutzen. Schüler, die schon ganz verzweifelt sind, weil sie schon zum dutzendsten Mal auf ihre Bewerbung eine Absage erhielten, werden von Unternehmern gezwungen, im Rahmen ihrer Bewerbung ein unbezahltes „Praktikum" und eine „Aufnahmeprüfung" abzuleisten, sonst werden sie von vorneherein wieder abgewiesen. Kleinbetriebe lassen Schüler, denen sie eine Lehrstelle in Aussicht gestellt haben, wochen- und monatelang umsonst für sich arbeiten, „zur Probe", wie die verlogene Begründung lautet. Solche Beispiele, die immer häufiger ans Licht kommen, könnte man noch viele anführen.

Was tut der Staat, die Regierung, was tun die zuständigen Behörden, diese schamlose Ausnutzung und Erpressung von Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, zu stoppen? Gar nichts! Z. B. erklärte jetzt der Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Farthmann, dagegen, daß Unternehmer Lehrstellenanwärter umsonst für sich „zur Probe" arbeiten lassen, könnte der Staat nichts machen. Zynisch sagte Farthmann, die Eltern seien ja meistens darüber informiert und hätten nichts dagegen.

So empörend das Verhalten eines Farthmann ist, so braucht man sich darüber doch nicht zu wundern. Denn der bürgerliche Staat verkörpert die Ausbeuterinteressen der Reichen, der Kapitalisten, die uns Arbeiter und kleine Angestellte dazu zwingen, ihre Lohnsklaven zu sein, weil ihnen alles gehört: die Fabriken, die Banken, der ganze Reichtum, den Millionen fleißige Menschen Tag für Tag in harter Arbeit schaffen.

Sicher, die Bonner Regierung läßt sich vom Fernsehen und den Zeitungen als „sozial", als „demokratisch" usw. hinstellen. Aber in Wirklichkeit betreibt sie die gleiche räuberische Erpressung im großen gegenüber dem arbeitenden Volk, wie es im einzelnen die Unternehmer praktizieren. Das zeigt sich jetzt z. B. wieder an der Auseinandersetzung um das Jugendarbeitsschutzgesetz. Um so mehr die Jugendarbeitslosigkeit anwuchs, um so weniger kümmerten sich die Unternehmer um diejenigen Bestimmungen im Jugendarbeitsschutzgesetz, die noch gewisse, wenn auch überhaupt nicht ausreichende Schranken gegen den rücksichtslosen Raubbau an der jugendlichen Arbeitskraft und der Schädigung und Zerrüttung der Gesundheit der Lehrlinge und Jungarbeiter setzen sollen.

Sogar aus bürgerlichen Untersuchungen geht hervor, daß die entsprechenden Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht eingehalten und weitgehend durchbrochen werden. Zum Beispiel das Verbot von Nachtarbeit wird im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Bäckereigewerbe usw. kaum eingehalten. Es ist auch gang und gäbe, daß Lehrlinge regelmäßig zu Überstunden (und dazu noch unbezahlten), zu Samstagsarbeit gezwungen werden usw. Aber der Staat schreitet nicht dagegen ein. Im Gegenteil! Die Landesregierung von Baden-Württemberg stellte im Bundesrat den Antrag, der auch angenommen wurde, die entsprechenden Schutzbestimmungen aus dem Arbeitsschutzgesetz ganz zu streichen, weil sie „die Ausbildungsbereitschaft" der Unternehmer schwächen würden. Die „sozial-liberale" Regierung in Bonn erklärte inzwischen, sie würde diesen Antrag „ernsthaft überprüfen".

Kürzlich forderten Kapitalistenverbände unverfroren, die Ausbildungsvergütung für Lehrlinge müsse abgeschafft und durch eine staatliche Unterstützung ersetzt werden, die nur an „besonders bedürftige" Lehrlinge gezahlt wird. Wann wird Bonn auch diese Forderung prüfen und die Lehrlingslöhne schließlich abschaffen?

Für die Kapitalisten und ihren Staat, ihre Politiker, ist es ausbildungshemmend, daß noch gewisse Rücksichten auf die Gesundheit und körperliche Entwicklung der Arbeiterjugend genommen werden sollen. Es ist für die profitgierigen Kapitalisten ausbildungshemmend, daß sie überhaupt Lehrlingslöhne (wenn sie auch jämmerlich gering sind) zahlen müssen. Alles, was die rücksichtslose Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter behindert, ist für sie „ausbildungshemmend". Und genauso ist es nach der Ausbeuterlogik in diesem Staat auch „investitionshemmend" und „konjunkturhemmend", daß die Arbeiter nicht bereit sind, freiwillig den Abbau ihrer Reallöhne und ihres Lebensstandards hinzunehmen, daß sie sich dagegen wehren, daß sie immer schneller arbeiten, immer höhere Leistungen bringen sollen und gleichzeitig weniger verdienen, während die Profite der Monopolkapitalisten ungeheuer steigen.

Aber die Herren haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wie man in den Wald hineinschreit, so hallt es auch heraus. Der Haß und der Wille zum Kampf gegen die Kapitalisten, gegen diesen „Sozialstaat", gegen das ganze Ausbeutersystem werden immer stärker. Die Kämpfe sind trotz der schärferen Unterdrückung im Betrieb, der ständigen Drohung mit Entlassung usw. im Anwachsen. Wenn der arbeiterfeindliche DGB-Apparat, der mit den Kapitalisten unter einer Decke steckt, jetzt besonders im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit sich mit radikalen Tönen als Vertreter der Arbeiterklasse hinzustellen versucht, so zeigt das, daß die Bonzen fürchten, daß sie ihren Einfluß verlieren. Sie haben Angst, daß die ausgebeuteten und unterdrückten Massen selbständig den Kampf führen, und sich gegen den Kapitalismus erheben.

So hat der DGB-Apparat jetzt eine Kampagne „Stopp Jugendarbeitslosigkeit" gestartet. In diesem Zusammenhang werden sogar Plakate gedruckt, auf denen Unternehmer als „Ratten, die am Jugendarbeitsschutzgesetz nagen" dargestellt werden. Aber was steckt hinter dem „radikalen" Auftreten? Zusammen mit den revisionistischen Arbeiterverrätern der DKP propagieren die Jugendfunktionäre den Kampf für eine „bessere Politik", eine „Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und des Kapitalismus durch Reformen". Das ist ein hinterhältiger Versuch, die arbeitende Jugend zu betrügen und irrezuführen:

Denn es liegt nicht daran, daß jetzt die falschen Leute in der Regierung sind, die eine „falsche reaktionäre Politik" machen, wenn sich die Arbeitslosigkeit und das Elend verschärfen und wenn die Interessen der Arbeiterjugend skrupellos mit Füßen getreten werden. Das liegt am ganzen kapitalistischen System, das liegt daran, daß hier eine Ausbeuterklasse mit ihrem Staatsapparat herrscht, die nur durch die Revolution gestürzt werden kann.

Davor, daß die Jugend sich in breiter Front zum revolutionären Kampf gegen dieses System, gegen diesen Ausbeuterstaat erhebt und daß sie sich militant und unversöhnlich gegen jeden Angriff der Kapitalisten und des Staates zur Wehr setzt, davor haben die Kapitalisten, ihre Politiker und Gewerkschaftsbonzen große Furcht. Das wollen sie mit ihren scheinradikalen Kampagnen verhindern. Aber daß sie das nicht schaffen, daß ihre Versuche, die Jugend vom konsequenten Kampf abzuhalten, immer mehr scheitern, dafür kämpft kompromißlos die Jugendorganisation der KPD/ML, die Rote Garde. Sie wird immer mehr Lehrlinge, Jungarbeiter und werktätige Jugendliche zusammenschließen und so werden wir den Kapitalisten und ihren Handlangern machtvolle Schläge versetzen können.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Faschistischer Polizeiterror gegen 50 Stauer

„Bei Stauern Diebesgut gefunden"

„Drei Stauer stehen in dringendem Verdacht, am Donnerstag bei Ladearbeiten in einem Überseefrachter Kartons aufgerissen und daraus Bettwäsche, Stoffe und Zündkerzen gestohlen zu haben. Ein Unbekannter hatte die Männer bei ihrem Tun beobachtet und die Kriminalpolizei verständigt. Beamte der Kripo und Schutzpolizei nahmen die drei Stauer im Alter von 25 bis 50 Jahren daraufhin fest. Eine Durchsuchung an Ort und Stelle brachte tatsächlich Diebesgut zutage. Trotz dieser Beweisstücke legten die Männer nach Polizeiangaben nur ein Teilgeständnis ab. Sie wurden nach ihrer Vernehmung auf freien Fuß gesetzt."

(*Meldung des „Weser-Kurier"*)

Und das passierte wirklich:

Am Donnerstag, den 25. August in der Frühschicht wird im Überseehafen ein Dampfer gelöscht: Bettwäsche, Handtücher, Zündkerzen, Blumensamen. In allen Luken wird schwer geschuftet. Über 50 Kollegen, hauptsächlich von der Stauerei „Herkules" arbeiten Pensum.

Plötzlich, gegen 13.30 Uhr — das Schiff ist fast leer — fahren draußen auf dem Kai sechs bis sieben mittelgroße Busse vor, 50-70 Polizisten springen raus, teils bewaffnet und uniformiert, teils in Zivil. Sie keilen den Zugang zum Schiff ein. Was jetzt passiert, ist ungeheuerlich und seit Jahrzehnten im Hafen nicht vorgekommen. Die Kollegen machen Feierabend. In langer Reihe gehen sie die Gangway hinunter — direkt in die Arme der Bullen. Jeder einzelne wird im Polizeigriff zu den Bussen geschleppt. Wer fragt, wer sich wehrt, auf den stürzen sich gleich vier Bullen auf einmal. Dann durchsuchen sie das Schiff und nehmen dort noch die letzten der ganzen Stauermannschaft fest. Keiner entkommt.

Mit den Bussen werden die Kollegen ins Polizeirevier im Hafenhochhaus verfrachtet. Dort werden alle 50 in einen Keller eingesperrt und dann einzeln, mehr als zwei Stunden lang, auf entwürdigende, faschistische Weise durchsucht. Manche werden gezwungen, sogar Schuhe und Strümpfe und die Hose auszuziehen. Erst um 16 Uhr wird der größte Teil der Kollegen wieder freigelassen.

Aber zwölf, bei denen man angeblich hier ein Bettlaken, dort ein paar Zündkerzen gefunden hat, werden weiter festgehalten. Alle ihre persönlichen Sachen werden ihnen weggenommen: Geld, Bleistifte, Tabak und Stullen. Einige müssen stundenlang barfuß auf dem kalten Kellerfußboden rumlaufen. Sie können ihre Angehörigen nicht benachrichtigen. Sie bekommen nichts zu essen, nichts zu trinken. Dann werden ihnen Geständnisse vorgelegt, die sie unterschreiben sollen. Wer sich weigert, dem wird unter anderem damit gedroht, man werde sein Haus auf den Kopf stellen.

Viele Kollegen faßten sich an den Kopf und sagten: „Wegen der drei Bettlaken so einen Terror? Die sind ja wohl nicht ganz richtig im Kopf!" und: „Das ist ja wie bei Hitler!"

Kollegen, wer von uns hat denn nicht schon mal was mitgenommen, einen Schraubenzieher, ein Handtuch, das sowieso liegengeblieben ist, wenn der Dampfer fertig ist, und was dann doch nur im Müllcontainer landet? Zwar ist das nach dem Arbeitsvertrag verboten, aber wer kann schon mitansehen, wenn brauchbare Sachen zusammengefegt und weggeschmissen werden, wo doch alles so teuer ist? Deswegen macht die Polizei niemals solch einen vorbereiteten Überfall auf uns. Da steckt etwas ganz anderes dahinter.

Stellt euch vor, ein Streik liegt in der Luft. Auf einem Schiff schmeißen die Kollegen die Sachen hin und machen den Anfang. Da benachrichtigt dann ein „Unbekannter", ein eingeschleuster Spitzel, die Bullen. Innerhalb einer Stunde sitzen alle streikenden Kollegen unter irgendeinem Vorwand im Polizeikeller und im Hafen ist wieder Ruhe.

Nicht umsonst wird im ganzen Land die Polizei aufgerüstet. Was da angeblich zum Schutz der Bevölkerung vor Terroristen betrieben wird, hier haben wir es am eigenen Leib erfahren:

Es geht gegen uns, die Arbeiterklasse!

Gegen uns will man im Ernstfall losschlagen, wenn es uns reicht mit der Knochenschinderei, wenn es für uns so nicht mehr weitergeht. Wir haben das schon richtig verstanden, von wegen Diebstahlsverdacht. Wenn im Hafen wirklich geklaut wird, dann sieht man keinen Polizisten weit und breit, es sei denn, wie bei der berüchtigten Hafenbande, selbst als Dieb.

Was da am Donnerstag im Überseehafen passiert ist, ist ein Angriff gegen uns alle. Unsere Antwort darauf heißt Solidarität mit den Betroffenen. Sorgen wir dafür, daß sie nicht entlassen werden und daß sie, wenn es zu Prozessen kommt, nicht alleine dastehen. Dazu ist es wichtig, daß alle Kollegen Bescheid wissen, wenn so eine Schweinerei im Hafen passiert, deshalb schreibt an eure Zeitung, die Zeitung, die im Hafen die Wahrheit verbreitet, die Zeitung der KPD/ML für die bremischen Häfen, „De Anstorm".

Nieder mit dem faschistischen Polizeiterror!

Meldungen aus den Betrieben

VFW-FOKKER/BREMEN

3.000 Kollegen bei VFW-Fokker in Bremen legten am Donnerstag die Arbeit für dreieinhalb Stunden nieder und zogen durch die Hallen. Anschließend zogen sie in die Innenstadt zum Gebäude der Bürgerschaft. Mit ihrer Kampfaktion protestierten sie gegen die geplante Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen in Bremen, Varel, Lemwerder und Einswaden im Zusammenhang mit Fusion zwischen VFW-Fokker und Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Die Produktion von VFW soll insgesamt nach Süddeutschland zu den Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Werken verlegt werden. Die Herstellung des Kurzstreckenjets VFW 614 soll überhaupt gestoppt werden. Eine Parole, die die demonstrierenden Kollegen von VFW mit sich trugen, lautete: „Kampf um jeden Arbeitsplatz — VFW muß bleiben!"

OPEL-RÜSSELSHEIM

In der vergangenen Woche wurde der Genosse Richard D. aus politischen Gründen fristlos entlassen. Genosse Richard D. ist presserechtlich Verantwortlicher für die „Zündkerze", Betriebszeitung der KPD/ML für Opel-Rüsselsheim. Genosse Richard war nicht direkt bei Opel, sondern bei einer Fremdfirma beschäftigt, die die Lebensmittelautomaten bei Opel unterhält. Der Chef dieser Firma veranlaßte, daß Richard sofort von den Opel-Bossen Werksverbot erhielt. Dennoch konnte Genosse Richard bis zum Wochenende bei den Kollegen 80 Unterschriften gegen seine Entlassung und für seine sofortige Wiedereinstellung sammeln.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen“
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Polizeihund auf türkische Jugendliche gehetzt

Vor einigen Tagen gingen wir in einer großen Parkanlage in einem Berliner Arbeiterviertel spazieren. Auf einer großen Wiese spielten einige Leute Boccia, gingen spazieren oder ruhten sich aus. Wir beobachteten einen Polizisten, der mit einer Gruppe türkischer Jugendlicher, die auf dem Gras saßen, sprach. Er ging noch zu verschiedenen Leuten, sprach mit ihnen und verließ dann die Wiese. Wir kamen näher und sahen, daß die Jugendlichen vorher auf der Wiese Fußball gespielt hatten, was angeblich verboten ist aber schon seit Jahren praktiziert wird. Kurze Zeit später erschien der Polizist wieder mit einem Polizeihund, den er aus einem Polizeiauto, das auf einem Seitenweg versteckt parkte, geholt hatte. Er ging mit dem Hund auf die Jugendlichen zu und forderte sie auf, den Platz zu verlassen. Diesen blieb nichts anderes übrig als zu gehen, da der Hund bedrohlich näher kam. Plötzlich im Lauf, gab der Polizist dem Hund ca. 3-5 m freie Leine. Der Hund sprang einen davonlaufenden Jugendlichen an und biß sich in seinem Oberarm fest.

Wir liefen empört hinzu und forderten den Polizisten auf, den Hund bei Fuß zu nehmen. Darauf meinte der Polizist, wir würden ihn an einer Amtshandlung hindern. Schnell versammelten sich etwa 80 Leute auf dem Rasen, die alle sehr empört waren und den Polizisten beschimpften. Dieser wollte den Verletzten, der starke Schmerzen hatte und fast ohnmächtig war, alleine mit zum Polizeiauto nehmen, um ihn angeblich zu verbinden. Wir ließen es aber nicht zu und forderten ihn auf, per Funk einen Krankenwagen zu holen, was er dann auch notgedrungen machen mußte. Als ein zweiter Polizeiwagen hinzu kam, forderten wir diese Polizisten auf, uns die Dienstnummer des Hundeführers zu nennen. Dieser hielt sich die ganze Zeit schützend hinter seinem Hund versteckt, was er auch sehr nötig hatte. Hätte er den Hund nicht mehr bei sich gehabt, hätte er wahrscheinlich ordentlich Prügel bezogen.

Dieses Vorgehen des Polizisten war kein Ausrutscher eines Einzelnen, sondern reiht sich ein in die Polizeipraktiken zur Unterdrückung der Werktätigen, besonders der ausländischen Kollegen. Dieses hatten auch die ausländischen Jugendlichen erkannt. Einer meinte, die deutsche Polizei hätte die gleiche Methode, wie die in Südafrika. Der Bruder des Verletzten sagte, daß der Polizist ja eigentlich bestraft werden müßte. Dieses sei aber doch sehr schwierig, denn es sei ja immer dasselbe, egal was auch passieren würde, die Polizei hätte sowieso immer Recht. Sie steckten ja alle unter einer Decke. Die Umstehenden forderten, das trotzdem nicht so einfach hinzunehmen und Strafanzeige zu stellen.

Rotfront!
Genossen aus Berlin

„Befehlsnotstand“

Liebe Genossen!

Eben sah ich den Film „Schrecken der Meere“ im Fernsehen. Dieser Film hat mich so zornig gemacht, daß ich mich gleich an die Schreibmaschine gesetzt habe, um euch zu schreiben. Der Film zeigt die Auseinandersetzung zwischen dem Bootsführer (Bootsmannsmaat), Offizieren und der Mannschaft auf einem englischen Kriegsschiff zur Zeit der Napoleonischen Kriege. In dem Film wird ein Matrose, der unschuldig ist, gehängt aufgrund eines „Befehlsnotstandes“ der Herren Offiziere. Und dieser Film wird ausgerechnet zwei Wochen nach der Flucht-Entführung-Befreiung des Befehlsnotständlers Kappler gezeigt. Das ist doch kein Zufall!!!

Wenn man aber bedenkt, daß das Programm des Fernsehens schon einige Zeit voraus geplant wird, wenn man bedenkt, daß, laut „Stern“, ein bürgerlicher Journalist die Flucht Kapplers schon neun Monate zuvor angekündigt hatte, wenn der befehlshabende Offizier des Militärhospitals, in dem Kappler ach so krank daniederlag, zwei Tage vor dessen Verschwinden mit einem Herzschuß (äußerst seltene Selbstmordart) gefunden wurde, dann überlegt man sich doch so einiges!

Doch nun zum „Befehlsnotstand“. Damit versucht man doch dieses Schwein reinzuwaschen. Dazu nur folgende Geschichte: Mein Vater war als Oberfeldwebel bei einer Einheit in Italien 1944. Ein junger Italiener wurde von den Deutschen festgenommen und zum Tod verurteilt, weil er einen hinter den deutschen Linien abgesprungenen amerikanischen Fallschirmjäger versteckt hatte. Das ganze Dorf mußte antreten zur Erschießung des italienischen Patrioten. Das Erschießungskommando stand bereit, wartete nur noch auf den Befehl des Offiziers. Da trat mein Vater aus der Reihe und prangerte gegenüber dem Offizier dieses Verbrechen an. Nach einigem Hin und Her wurde der Patriot laufen gelassen.

Was einem Oberfeldwebel, der dafür mit dem eigenen Tod rechnen mußte, möglich war, das wäre ganz gewiß auch einem so hohen Offizier wie Kappler möglich gewesen. Aber dieser Hund wollte doch gar nicht. Dem gefiel doch das System, für das er tötete. Und solche Leute sollen Barmherzigkeit, Gnade erhalten? Ich sage: Solche Leute hätte man schon 1945 aufhängen sollen! Weil das leider nicht geschehen ist, bleibt nur die Hoffnung, daß der Kerl samt seinen Gesinnungsgenossen und Bonner Hintermännern noch lebt, wenn der Strick für sie gemacht wird.

Gerade diese Bonner Herren, ob CDU oder SPD, die haben es gerade nötig, Krokodilstränen zu vergießen, sie, die doch die ganze Aufpolierung des Nazifaschismus, die wir zur Zeit, pünktlich kurz vor der Verjährungsfrist für Naziverbrechen, erleben, nicht nur dulden, sondern, u. a. mit dem Prädikat „besonders wertvoll“ noch fördern. Wer weiß, vielleicht wollen sie schon für ihren eigenen „Befehlsnotstand“ vorsorgen? Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens die Nazis von morgen ein Gericht finden, das nach dem Satz von Erich Weinert handelt: „Es gibt auch Unerbittlichkeiten im Namen der Humanität!“

Antifaschisten, die Faust geballt, gegen Faschismus hilft nur Gewalt!

Rotfront!
Ein Genosse aus Stuttgart

Parteiveranstaltungen

Herne: Gedenkfeier zu Ehren des Genossen Mao Tsetung. Freitag, 9. 9. 1977, 19.30 Uhr, Gaststätte „Rychwald“.

Witten: „Albanien, das einzige sozialistische Land in Europa“. Freitag, 16. 9. 1977, 19 Uhr, Gaststätte „Zur alten Zeit“, Johannisstraße.

Essen: Gedenkfeier zu Ehren des Genossen Mao Tsetung. Samstag, 10. 9. 1977, Essen-Frohnhausen, Frohnhauser Str./Ecke Frankfurter Str. „Kolpinghaus“.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Anwalt Newerla erneut verhaftet

Armin Newerla, Rechtsanwalt aus Stuttgart, ist schon wieder festgenommen worden. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft Haftbefehl erlassen und ein schweres Geschütz gegen ihn aufgefahren: „Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“ und „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ lauten die Anklagen. So unglaublich es klingt: Diese Anklage stützt sich einzig und allein darauf, daß bei Armin Newerla angeblich ein Zettel gefunden wurde, aus dem sich ergebe, „daß die Zeitschrift ‚Mob‘ bereits am 14. August auf einer Demonstration in Stuttgart verteilt werden sollte“.

Nach den Angaben der Bundesanwaltschaft soll sich in dieser Zeitschrift ein Artikel befinden, in dem das jähe Ende des verstorbenen Chefs dieser Behörde, Buback, begrüßt wird. Man stelle sich vor: Jemand soll angeblich davon gewußt haben, daß eine solche Zeitschrift irgendwo verteilt wird. Und das genügt in diesem Staat, um ihn ins Gefängnis zu bringen! Das genügt, um Anschuldigungen gegen ihn zusammenzuschustern, die ihn für lange Jahre hinter Kerkermauern verschwinden lassen können.

Und was soll denn „verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“ heißen? Das bedeutet doch, daß in diesem Land die Trauer um die Bubacks oder Pontos ein staatlich verordneter Zwang ist. Wehe dem, der nicht einfällt in die Trauerklagen, der sich gar noch darüber freut, wenn ein Mitglied der herrschenden Klasse das Zeitliche segnet. Er ist ein „Verfassungsfeind“, er wird von der Klassenjustiz verfolgt und eingekerkert.

Daß die Bundesstaatsanwaltschaft jetzt in dieser Dreistigkeit gegen den Rechtsanwalt Newerla vorgeht, ist natürlich kein Zufall. Denn Newerla ist Mitglied eines Anwaltsbüros, das die Verteidigung von politischen Gefangenen übernommen hat. Ebenso wie vor ihm die Anwälte Groenewold oder Croissant soll auch er kriminalisiert und ausgeschaltet werden. Und das in einem Augenblick, wo sich der Kampf der Gefangenen in Stammheim und anderen Anstalten für menschenwürdige Haftbedingungen zuspitzt, wo die Angriffe auf diese Gefangenen immer offener und brutaler werden.

Die Bourgeoisie und ihre Dreckschleudern wie die „Bild“-Zeitung haben alles versucht, um den jetzt beendeten Hungerstreik der politischen Gefangenen in Stammheim und anderswo in der niederträchtigsten Art zu verleumden. Aber das genügt ihnen noch nicht. Um die Wahrheit über die Haftbedingungen dieser Gefangenen zu unterdrücken, haben sie jetzt sogar den Bundesgrenzschutz eingesetzt.

Am letzten Montag überfiel an dem Grenzübergang Rheinau ein mobiles Kommando des BGS zwei Mitarbeiterinnen des Anwaltsbüros Müller und Newerla. Die Frauen wollten die Begründungsschrift einer Klage der Gefangenen Ensslin, Baader und Raspe, die sich gegen die Verletzung des Verbots der Folter richtet, bei der Europäischen Kommission für die Menschenrechte in Straßburg einreichen. Das Grenzschutzkommando beschlagnahmte die Begründungsschrift. Und diese Beschlagnahme geschah gezielt am Tag des Fristablaufs.

Erneute Provokation gegen die KPD/ML

Fortsetzung von Seite 1

und den Rundfunk- und Fernsehanstalten wissen das.

Jedesmal, wenn eine entsprechende provokatorische Meldung gegen unsere Partei bzw. den „Roten Mor-


„Roter Morgen“ – Neue Terror-Organisation bekennt sich zur Tat:
Die Killerin in der Sahara gedrillt?
Fortsetzung von S. 1

Letzte Nacht meldete sich der ‚Rote Morgen‘
‚Wir haben Ponto hingerichtet‘

Wieder am Telefon
„Roter Morgen“ droht mit weiteren „Hinrichtungen“

„Roter Morgen“ drohte in Meppen
Kripo: Briefe nicht aus der Terrorszene

gen“ in die Welt gesetzt wurde, haben wir sofort mit Presseerklärungen dagegen protestiert. Im übrigen sind sich die maßgeblichen Kreise, die verantwortlichen Herren in Bonn, im Polizeiapparat usw. sehr wohl darüber im klaren, daß wir als eine marxistisch-leninistische Partei — und wir haben dies auch im „Roten Morgen“ schon oft genug klargestellt — die Taktik des individuellen Terrors ablehnen.

Wir lehnen diese Taktik deshalb ab, weil sie zum Scheitern verurteilt ist, weil sie uns unserem Ziel, dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft durch die gewaltsame Revolution, nicht näher bringt. Sollen sich die Herren doch nicht damit herausreden, sie könnten ja nichts dafür, wenn entsprechende Anrufe kommen würden. Denn, wenn morgen ein armer Irrer bei der Polizei oder beim Rundfunk anruft und erklärt, der Kegelverein Sowieso sei für diesen oder jenen Anschlag verantwortlich, dann wird daraus schließlich auch keine Meldung gemacht, die über die Nachrichtensendungen des Fernsehens oder in den Spalten der bürgerlichen Presse verbreitet wird.

Die Meldung über Flensburg ist nun innerhalb weniger Wochen bereits der fünfte Fall, in dem die bürgerlichen Massenmedien wider besseres Wissen skrupellos unsere Partei in Verbindung mit Attentaten, Bombenanschlägen u. ä. gebracht haben. Das hat Methode! Es ist wohl nicht als Zufall zu werten, daß gerade jetzt die CDU ankündigte, sie wolle gegen „eine besonders militante K-Gruppe“ beim Bundesverfassungsgericht Verbotsantrag stellen. Zwar: Ob der Antrag sich direkt gegen unsere Partei richtet oder nicht, wissen wir noch nicht. Aber auf jeden Fall soll hier ein Exempel statuiert werden. Jetzt, wo die Bourgeoisie ihre Angriffe auf die Lebenslage der werktätigen Massen immens verschärft, wo die wirtschaftliche Krise und anhaltende Massenarbeitslosigkeit zunehmend Unruhe, Empörung und Haß auf diesen Ausbeuterstaat hervorrufen, versucht die Bourgeoisie, verstärkt ein Klima für die Jagd auf Revolutionäre und Kommunisten, für die Verschärfung der Verfolgung unserer Partei zu schaffen.

Die Bourgeoisie verfolgt unsere Partei bereits seit Jahren mit Geld- und Gefängnisstrafen. Zur Zeit sitzen drei Genossen der KPD/ML im Gefängnis — nicht weil sie Bomben geworfen oder ein Attentat geplant haben. Nein! Weil sie als presserechtlich Verantwortliche unter Propagandaschriften der KPD/ML standen, auf denen gezeigt wird, daß das kapitalistische System und die Profitgier der Unternehmer für die Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen verantwortlich sind, daß dieser sogenannte „Sozialstaat“ in Wahrheit ein Ausbeuterstaat ist. Oder weil sie z. B. an Aktionen gegen NPD-Propagandastände oder an Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg teilgenommen haben.

Viele Arbeiter wissen nicht, daß heute wegen solcher Taten bereits wieder Kommunisten im Gefängnis sitzen. Darüber wird ja in der Tagesschau nichts gemeldet. Und selten genug findet man in einer bürgerlichen Zeitung eine auch nur halbwegs sachliche Information über einen politischen Prozeß gegen die Kommunisten. Daß in den vergangenen Jahren Hunderte von politischen Prozessen gegen uns geführt wurden, daß Hunderttausende Mark an Geldstrafen gegen uns verhängt wurden, wie viele Gefängnisstrafen bereits gegen Genossen unserer Partei ausgesprochen wurden — darüber erfährt man im Fernsehen und den bürgerlichen Zeitungen nichts.

Wir können nicht verhindern, daß die Herrschenden die Kette der Provokationen gegen die KPD/ML weiterführen. Wir können auch nicht verhindern, daß ihre Massenpresse, ihr Fernsehen usw. ein verzerrtes Bild über uns verbreiten, daß sie die Wahrheit vertuschen und verdrehen. Aber noch weniger kann die Bourgeoisie verhindern, daß die ausgebeuteten und unterdrückten Massen immer weniger ihren Lügen Glauben schenken und daß unsere Partei sich eng mit den Massen verbinden wird, daß sie sie zum revolutionären Kampf gegen dieses verrottete Ausbeutersystem führen wird.

Verfahren eingestellt

„Ein brutaler Polizeimord!“ so hatte es im „Roten Merckblatt“, der Betriebszeitung der Partei für den Darmstädter Chemie-Betrieb Merck anläßlich des Todes des Genossen Günter Routhier gestanden. Wie gegen so viele, die die Wahrheit über Günters Tod verbreiteten, wurde auch gegen die Genossin Beate Maas, die presserechtlich Verantwortliche des „Roten Merckblatts“ und gegen den Genossen Karl-Heinz G., der die Zeitung verteilt hatte, Anklage von der Klassenjustiz erhoben. Die Polizei sollten sie beleidigt haben, so stand es in der Anklageschrift.

Die Partei trug diesen Prozeß in die Öffentlichkeit. Es wurden Informationsstände aufgebaut und 30 Genossen und Freunde wohnten schließlich dem Prozeß bei. Der Richter hatte sich ursprünglich ausschließlich auf das Adebahr-Gutachten gestützt. Im Laufe des Prozesses wurde jedoch von den Genossen durchgesetzt, daß das Krauland-Gutachten herangezogen wurde, in dem bestätigt wird, daß der Tod Günter Routhiers durch Gewalteinwirkung erfolte.

Die Genossen führten einen offensiven Kampf, wobei das Gericht immer mehr in Bedrängnis kam. Sie erreichten schließlich, daß ihrem Antrag auf Einstellung des Verfahrens stattgegeben wurde.

Chruschtschows Kniefall vor Tito

Am 2. September veröffentlichten die albanischen Zeitungen „Zeri i Popullit“ und „Bashkimi“ einen Artikel des Genossen Enver Hoxha unter dem Titel „Chruschtschows Kniefall vor Tito“. Am gleichen Tag wurde dieser Artikel leicht gekürzt von Radio Tirana auch in deutscher Sprache ausgestrahlt. Es handelt sich dabei um eine Schrift des Genossen Enver Hoxha, die erstmals am 13. September 1963 als redaktioneller Artikel in „Zeri i Popullit“ unter dem Titel „Das Resultat des Besuchs N. Chruschtschows in Jugoslawien“ erschienen ist.

Diese Schrift des Genossen Enver Hoxha ist ein bedeutendes Dokument des Kampfes, den die Partei der Arbeit Albaniens vom Boden des Marxismus-Leninismus aus gegen den Revisionismus Chruschtschows geführt hat. Sie entlarvt vollständig die Tatsache, daß die Rehabilitierung der Tito-Clique, die Vereinigung mit ihr, wie sie in jenen Jahren von Chruschtschow betrieben wurde, ein Weg ist, der den noch offeneren Verrat am Marxismus-Leninismus, das noch unverhülltere Übergehen auf die Seite des Imperialismus vorbereitet.

Angesichts der neuen Versuche, das 1948 und 1960 von den kommunistischen Parteien über den Renegaten Tito gefällte Urteil umzustoßen und diesem Verräter den Titel eines „Genossen“ zu verleihen, ist die Schrift des Genossen Enver Hoxha von höchster aktueller Bedeutung. Wir bringen im folgenden diesen Artikel in seiner vollen Länge in einer 1964 vom albanischen Verlagshaus „Naim Frasheri“ herausgegebenen Übersetzung.

Vor einigen Tagen beendete N. Chruschtschow seinen Besuch in Jugoslawien. Der Propagandaapparat der Revisionisten und die Westpresse machten einmütig Anstrengungen, um die „internationale politische Bedeutung“ dieses Besuchs möglichst stark zu betonen. Allen ist es jetzt klar, daß N. Chruschtschow nicht mit dem Ziel nach Jugoslawien fuhr, um sich zu erholen, wie die frühere Version lautete. Er fuhr dorthin, um den Prozeß der vollständigen Rehabilitierung der Tito-Clique zu Ende zu führen, um sich mit dieser Verräterbande, welche alle kommunistischen und Arbeiterparteien seit langem verurteilt haben, offen zu vereinigen, um neue Komplotte zum Schaden des sozialistischen Lagers, der internationalen kommunistischen Bewegung und des Friedens zur Ausführung zu bringen und um einen weiteren Schritt zur Annäherung an den amerikanischen Imperialismus zu tun.

Dieser Zweck des Besuchs N. Chruschtschows in Jugoslawien ist sofort ersichtlich aus seinen vielen lärmvollen Erklärungen über „den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien“, über die „richtige marxistisch-leninistische Linie und die hervorragenden Verdienste der heutigen Führung Jugoslawiens“, an deren Spitze der „Freund“ und „Genosse“ Tito stehe; über den „Beitrag“ der Tito-Clique „zur Entwicklung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz, zur Festigung der sozialistischen Weltgemeinschaft und der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie zur schöpferischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus“; ferner über den Beitrag der jugoslawischen Führer zur „Festigung der antiimperialistischen Front“, über die „Vorteile des jugoslawischen Weges zum Sozialismus“, besonders aber über die der „Selbstverwaltung“ der Arbeiter, welche eine besondere Aufmerksamkeit und Studium verdiene, damit ihn auch die anderen sozialistischen Länder einschlagen würden, über die „große Rolle“, die Jugoslawien auf dem Balkan spielen müsse usw.

Tito wies seinerseits darauf hin, daß einige Differenzen, die noch immer in den Auffassungen existieren, angesichts des großen gemeinsamen Zieles ihre Bedeutung allmählich verlieren, und drückte seine Genugtuung über die hohe Einschätzung seiner Tätigkeit durch Chruschtschow sowie seines Kampfes für den „Sozialismus“ und für die Verbreitung der „kommunistischen“ Ideen und des „kommunistischen“ Geistes in Jugoslawien aus. Er brachte seine Freude über die antimarxistischen und antisozialistischen Angriffe, die N. Chruschtschow gegen die kommunistische Bewegung, die KP Chinas, die Partei der Arbeit Albaniens und gegen die anderen marxistisch-leninistischen Parteien eingeleitet hat, zum Ausdruck.

Die wichtigste Schlußfolgerung aus dem Besuche N. Chruschtschows in Jugoslawien ist, daß sich die Gruppe der Moskauer Revisionisten durch die vollständige Rehabilitierung der Tito-Clique und ihre Vereinigung mit ihr noch deutlicher auf die Seite der Feinde des Marxismus-Leninismus, des Sozialismus und des Friedens stellte und noch tiefer im Schmutze des Verrates versank.

In seiner Rede zu Spalato, am 24. August, erklärte Chruschtschow öffentlich: „Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Auffassungen der Sowjetunion und Jugoslawiens in der absoluten Mehrheit der Fragen übereinstimmen... Die Einheit des Handelns und Denkens der Sowjetunion und Jugoslawiens auf internationaler Ebene ist ein sehr bedeutender Faktor der Weltpolitik. Diese Einheit leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz in den zwischenstaatlichen Beziehungen.“

In dieser Erklärung und in vielen anderen Erklärungen dieser Art kommt nicht nur die volle Einheit der Auffassungen Chruschtschows und Titos über die Fragen der Außenpolitik zum Ausdruck, sondern Chruschtschow machte zugleich Tito zu seinem gleichberechtigten Kompagnon in der Leitung der Weltpolitik. Aber welche Rolle hat N. Chruschtschow seinen anderen Partnern zugedacht? Offenbar sollen sie wie Marionetten dem „jugoslawischen Morgenstern“ der revisionistischen Karawane blindlings folgen.



„Wer Tito um den Hals fällt, kann auch Kennedy um den Hals fallen.“ (Enver Hoxha) — Chruschtschow bei seinem Besuch 1963 in Belgrad.

Auf ideologischem Gebiet gab Chruschtschow einige Male zu, daß eine vollständige Einmütigkeit über die Hauptfragen erreicht wurde. „Für uns Kommunisten der Sowjetunion gibt es keine prinzipiellen Gegensätze zu den jugoslawischen Kommunisten“, unterstrich N. Chruschtschow. Und den ausländischen Zeitungsberichterstattern erklärte er in Brioni am 28. August: „Wir haben die gleichen Ideen und die gleiche Theorie.“ Für ein Dorf, das man sieht, ist kein Wegweiser nötig. Jetzt ist sich die ganze Welt im klaren, ohne von diesen öffentlichen Erklärungen viel Gebrauch zu machen, daß sich sowohl Tito als auch Chruschtschow von den gleichen, zutiefst revisionistischen Ideen, die immer die Renegaten des Marxismus-Leninismus erfüllt haben, leiten lassen, und daß sie bei ihrer praktischen spalterischen und antimarxistischen Tätigkeit die gleichen Ziele verfolgen, welche die Unterdrückung des revolutionären Geistes in der internationalen kommunistischen Bewegung, die Liquidierung des Marxismus-Leninismus und des Sozialismus und die Wiederherstellung der Herrschaft des Imperialismus bezwecken.

Außer der Einheit des Denkens und Handelns auf politischem und ideologischem Gebiet legte N. Chruschtschow den Grundstein auch für eine engere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet mit der Tito-Clique. Der Zweck ist hier klar: Er will neben den Imperialisten auch seinen Beitrag leisten, um diese Clique nicht nur durch eine politische und ideologische Unterstützung, sondern auch durch eine unbegrenzte wirtschaftliche Hilfe aufrechtzuerhalten und sie zu einem Schaufenster, zu einem Modell des revisionistischen „Sozialismus“ zu machen. „Zwischen unseren beiden Ländern“, erklärte Chruschtschow in Rakowica, „werden jetzt auch gute wirtschaftliche Beziehungen hergestellt. Im Vergleich zu 1955 stieg der Warenverkehr zwischen unseren beiden Ländern auf das 6fache. Im Jahre 1963 werden die beiderseitigen Warenlieferungen um 50% größer sein, im Vergleich zum Vorjahre.“

Tito erklärte seinerseits in Welenie am 30. August, daß es im beiderseitigen Interesse liege, die „Beziehungen zu pflegen und zu erweitern“. „Das werden wir machen“, fügte er hinzu. „Beispielsweise wurde ein Abkommen über die Kooperation in einigen Wirtschaftszweigen erzielt, die weiter ausgebaut werden soll.“ Jugoslawien hat akzeptiert, an der „sozialistischen Arbeitsteilung“ teilzunehmen. Schließlich erhielt es auch im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe den Posten eines Beobachters. Natürlich, Tito ist zufrieden, er gleicht einem Pferde, das aus zwei und mehr Krippen frißt. Anderseits gestattet ihm das, die Rolle des Unterwühlers des sozialistischen Lagers besser zu spielen.

Während seines Aufenthalts in Jugoslawien deckte N. Chruschtschow auch seine Karten auf: Er trat für den revisionistischen Kurs der Belgrader Clique mit Nachdruck ein. Das machte am meisten Eindruck und wurde von der Westpresse enthusiastisch begrüßt. Er entpuppte sich als ein Anhänger des jugsolawischen Weges zum Sozialismus und zögerte nicht, auch den Weg der Sowjetunion zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und die Methoden der Leitung der Wirtschaft in der Sowjetunion öffentlich zu kritisieren und das jugoslawische System der Selbstverwaltung zu loben. So weit geht der Verrat! Die Tanjug-Agentur beschreibt das Treffen Chruschtschows mit den Leitern eines Betriebs in Rakowica bei Belgrad folgendermaßen: „Genosse Chruschtschow betonte, daß man sich in der Sowjetunion an den Grundsatz eines ‚einzigen Leiters‘ halte. Ihm gefalle aber die Form des Arbeiterrates, weil sie fortschrittlich sei.“ — „In unserem Land“, fuhr Chruschtschow fort, „suchen wir neue Formen der Leitung, bei denen die Öffentlichkeit in allem ihre Stimme hat, deshalb interessieren uns Ihre Erfahrungen...“ Er unterstrich erneut, daß auch die Erfahrungen Jugoslawiens bei der Selbstverwaltung der Arbeiter wertvoll sein können. Man solle sie schon jetzt studieren; auch die Zeit habe sie bestätigt. Im Zusammenhang damit fügte er hinzu, daß er eine Gruppe von Parteifunktionären, Funktionären der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane nach Jugoslawien schicken wird, um diese Fragen in der jugoslawischen Praxis eingehend zu studieren.

Auffallend ist, daß die jugoslawische Presse die Gedanken und Bemerkungen N. Chruschtschows beim Treffen mit den Leitern des Betriebs in Rakowica durch Reportage und eine Berichterstattung mit Einzelheiten stark verbreitete und besonders seine hohe Einschätzung der Selbstverwaltung und der „Arbeiterräte“ als eine „fortschrittliche Form“, obwohl sie bekanntlich in der jugoslawischen Wirtschaft die Glieder für die kapitalistische Restauration sind, betonte. Während nun die jugoslawische Presse und die Westpresse in großer Aufmachung über diese Ausdrücke Chruschtschows berichteten, blieb die Sowjetpresse, die in der überschwenglichen Lobpreisung des Genies Chruschtschows spezialisiert ist und keine Gelegenheit versäumt, um seine „geistige Schärfe und Tüchtigkeit“ in den Himmel zu heben, an diesem Tage über alles Erwarten stumm und veröffentlichte gar keine Zeile über dieses Treffen. Offenbar fühlen sich die Moskauer Revisionisten noch nicht ganz sicher und wagen nicht, jene revisionistischen Formen der wirtschaftlichen Leitung, die mit dem Sozialismus nichts gemeinsam haben und die sie vor nicht allzu langer Zeit als antimarxistisch und antisozialistisch, als eine Variante der Theorien des anarchistischen Syndikalismus selbst kritisiert und verworfen haben, offen vor dem Volk zu loben.

Die beiden jetzigen Sekretäre des ZK der KP der Sowjetunion, B. Ponomaryow und I. Andropow sind es, die in ihrem Artikel „In den alten revisionistischen Stellungen“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Kommunist“, Nr. 8, 1960, den jugoslawischen Sozialismus als einen Sozialismus, der sowohl die Sozialdemokraten des rechten Flügels als auch die bürgerlichen Nationalisten, das Bürgertum überhaupt, zufriedenstellen möchte, bezeichneten und ironische Bemerkungen über die Erklärung Titos auf dem 5. Kongreß des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens machten, daß „die anderen sozialistischen Länder das Resultat des jugoslawischen Weges in ihrer Praxis zu sehen wünschen würden“. Damals unterstrichen sie, daß „der Sozialismus in Jugoslawien nur dann gewinnen kann, wenn der Revisionismus besiegt wird“, und die jugoslawischen Werktätigen durch das Märchen über die sogenannte „Überlegenheit“ des jugoslawischen Weges nicht überzeugt werden können. „Jetzt erschallt laut die Warnung des Genossen N. S. Chruschtschow, sich vor den eventuellen Folgen des sogenannten jugoslawischen Weges der Entwicklung in acht zu nehmen, die er von der Tribüne des XXI. Parteitags der KP der Sowjetunion aus gab, weil dieser Weg zum Verluste der sozialistischen Errungenschaften des jugoslawischen Volkes führen könnte“, unterstrichen sie damals.

Aber schnell änderten sich die Zeiten. Heute drückt der Erste Sekretär des ZK der KP der Sowjetunion, N. Chruschtschow, den Wunsch aus, das „Ergebnis des jugoslawischen Weges in der Praxis der Sowjetunion zu sehen“. Diese Tatsache ist sehr bezeichnend; sie zeigt, wer sich dem anderen nähert, Tito dem Chruschtschow oder der letzere dem Tito? Die Tatsachen geben darauf die beste Antwort.

Gestützt auf die Zustimmung N. Chruschtschows posaunte Tito erneut die Überlegenheit des jugoslawischen Weges zum Sozialismus aus und unterstrich, daß er nicht mehr ein spezifisch jugoslawischer Weg sei und der Arbeit jeder Partei der sozialistischen Länder zugrunde gelegt werden müsse. Die ersten Erfolge zeigten sich nach Tito in den letzten 10 Jahren in der Sowjetunion. Er sagte wörtlich: „Wenn man von der Selbstverwaltung der Arbeiter spricht, so spricht man nicht bloß von den Fragen und Bedürfnissen eines einzelnen Landes. Die soziale Selbstverwaltung beruht auf den Ideen von Marx, Engels und Lenin. Deshalb widmet Genosse Nikita Chruschtschow dieser Frage mit Recht dauernd eine sehr große Aufmerksamkeit. Während unseres Aufenthalts in der Sowjetunion hatten wir Gelegenheit, uns zu überzeugen, daß dort in den letzten 10 Jahren eine außerordentlich große Entwicklung auf allen Gebieten erzielt worden ist.“



Tito, bevorzugter Freund aller Imperialisten und Reaktionäre.

Die westlichen Beobachter konnten nur mit Mühe ihre Begeisterung über die Approbation des „Sozialismus“ vom jugoslawischen Typus seitens Chruschtschows verbergen. Sie sahen in Jugoslawien „einen Chruschtschow, der bereit war, viele Konzessionen, viele Schritte nach vorn zu machen“. Sie schätzen Jugoslawien schon seit langem als „Transmissionsriemen“ der konterrevolutionären Ideen des Westens im Osten. Der Londoner Rundfunk drückte sich

Fortsetzung auf Seite 10

Chruschtschows Kniefall vor Tito

Fortsetzung von Seite 9

darüber am 30. August so aus: „Viele Beobachter halten Chruschtschows Interesse für die ‚Arbeiterräte' in Jugoslawien für das wichtigste Resultat seines Besuchs an der adriatischen Küste. Diese Räte sind nichts anderes als ein Zeichen des Kommunismus Titos und machen einen Hauptteil des Revisionismus aus, den die Sowjetunion und die ganze kommunistische Welt vor kaum drei Jahren offiziell verurteilten. Das System der Arbeiterräte in Jugoslawien ist halbkommunistisch und halb-westlich. Die einzige Gefahr besteht darin, daß der Revisionismus zwischen zwei Stühlen fällt. Dieses System, das sich auf zwei Modelle stützt, steht noch aufrecht. Offenbar will auch Chruschtschow dieses System in Rußland einführen. Und wenn er das macht, dann wird er nicht nur Tito, sondern auch das ‚Wirtschaftssystem des Westens' würdigen." Die Zeitung „New York Times", das Sprachrohr der amerikanischen Großmonopole schrieb: „Der interessanteste Aspekt ist ... die sehr freundschaftliche Haltung des sowjetischen Ministerpräsidenten N. Chruschtschow gegenüber dem jugoslawischen System der Durchführung des orthodoxen Kommunismus. Das kann Anlaß zu großen Änderungen in der Wirtschaftsorganisation Moskaus geben. Jugoslawien hat viele Ideen von dem Westen übernommen, so daß es durch die Übertragung der Wirtschaftsideen des Westens nach dem Osten die Rolle eines Transmissionsriemens spielen kann."

Hat der imperialistische Westen unter diesen Umständen einen Grund, sei es nur ein wenig, sich über das Ergebnis des Besuchs N. Chruschtschows in Jugoslawien zu beunruhigen? Durchaus nicht.

Die Demagogie N. Chruschtschows vermag das Sowjetvolk, die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die anderen kommunistischen und Arbeiterparteien nicht lange Zeit mit dem Märchen zu betrügen, daß in Jugoslawien angeblich Umwandlungen in Richtung des Sozialismus stattgefunden haben, daß die jugoslawischen Führer jetzt angeblich die Fehler der Vergangenheit korrigieren und daß Jugoslawien ein Land ist, das den „Sozialismus aufbaut".

Alle wissen, wie die Sache wirklich steht, was für „Änderungen" dort stattfanden. Das tägliche Leben bringt viele Tatsachen, die zeigen, daß sich in Titos Jugoslawien nichts geändert hat. Nur das Grab kann dem Buckling den Rücken gerade biegen. Tito selbst hat wiederholt erklärt, daß er in seinem Programme nichts durchstreicht, daß er „keine einzige Konzession macht" und daß er weder eine Änderung gemacht hat, noch zu machen beabsichtigt.

Tito sagte das Chruschtschow erneut offen ins Gesicht. Indem er seine Freunde im Westen erneut öffentlich versicherte, erklärte Tito: „Im Zusammenhang mit dem Besuche, (Chruschtschows, Anm. der Red.) hört man schon jetzt im Westen Stimmen; der eine will wissen, wer Konzessionen machen wird, der andere fragt: ‚Wird Tito mit den jugoslawischen Kommunisten in das Lager eintreten, oder wird N. Chruschtschow den jugoslawischen Kommunisten im Namen der Kommunisten der Sowjetunion Konzessionen machen?' Das kommt gar nicht in Frage, es handelt sich nicht um irgendwelche Konzessionen; darüber wird überhaupt nicht verhandelt werden." („Prawda" vom 23. August).

Tito sagte das Chruschtschow durch die Blume. Die von ihm gegebenen Versicherungen sind wahr. Tito machte Chruschtschow keine einzige Konzession, während der letztere ihm viele Konzessionen machte. Die Zeitung „Washington Post", die den amerikanischen Regierungskreisen, vor allem dem Staatsdepartement nähersteht, schrieb am 24. August, daß angesichts der heutigen internationalen Lage, insbesondere aber der chinesisch-sowjetischen Spannung, Chruschtschow Tito mehr benötigt als der letztere ihn. Der Ministerpräsident Chruschtschow streichelt erneut den jugoslawischen Führer.

Die demagogischen Losungen Chruschtschows über die Änderungen und Korrekturen, welche angeblich die Tito-Clique vorgenommen hat, braucht er, um zu beweisen, daß Jugoslawien ein sozialistisches Land ist und daß dort der Sozialismus erfolgreich aufgebaut wird, um seine vollständige Vereinigung mit den jugoslawischen Revisionisten zu rechtfertigen, sie vollständig zu rehabilitieren und den Eintritt Jugoslawiens in die Familie der sozialistischen Länder und des BdKJ in die internationale kommunistische Bewegung vorzubereiten. Das ist aber eine der gröbsten und offensichtlichsten Verletzungen der Moskauer Deklaration des Jahres 1960, die sämtliche Bruderparteien einmütig billigten und in der die jugoslawischen Revisionisten als Verräter des Marxismus-Leninismus und Agenten des Imperialismus, als Spalter und Unterwühler des sozialistischen Lagers, der internationalen kommunistischen Bewegung, der Friedensbewegung und der friedliebenden Kräfte und Staaten gebrandmarkt wurden.



Die Marxisten-Leninisten haben den Titoismus und alle anderen Spielarten des Revisionismus stets entschieden bekämpft.

Aber der Kurs in Richtung der vollständigen Vereinigung mit der Tito-Clique zeigt erneut deutlich, auf welchem Wege jetzt die Chruschtschow-Gruppe rasch schreitet. Mit Recht besagt ein Volkssprichwort: „Sage, mit wem du gehst, und ich sage dir, wer du bist!" Wer sich mit den jugoslawischen Revisionisten vereinigt, vereinigt sich mit den Gegnern des Sozialismus, mit den Renegaten des Marxismus-Leninismus, mit den Spaltern der Einheit und mit den Agenten des Imperialismus, die gegen die sozialistischen Länder und die gesamte revolutionäre Weltbewegung Komplotte schmieden. **Die Chruschtschow-Gruppe hat jetzt mit der Tito-Verräterclique nicht nur gemeinsame Sache gemacht, sondern stürzt sich auch wütend auf alle Parteien und Kommunisten, die treu der Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien ihre internationalistische Pflicht erfüllen und die jugoslawischen Führer, ihre revisionistischen Ideen und ihre antisozialistischen Handlungen enthüllen. Das bedeutet, daß die Chruschtschow-Gruppe jetzt keinen Unterschied mehr zwischen den Freunden und Feinden, zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Revisionismus, zwischen den Beschützern und den Spaltern der Einheit und zwischen den Kämpfern gegen den Imperialismus und seine Agenten macht und sich gänzlich auf die Seite der Gegner des Marxismus-Leninismus, des Sozialismus, der Völker und des Weltfriedens gestellt hat.**

* * *

Die zweite sehr wichtige Schlußfolgerung, die man aus dem Besuche N. Chruschtschows bei der Tito-Clique und auf ihren öffentlichen Erklärungen ziehen kann, ist, daß sie ihre gefährliche Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung, in erster Linie gegen jene marxistisch-leninistischen Parteien, die grundsätzlich und mit Nachdruck für die Erhaltung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und gegen den modernen Revisionismus kämpfen, koordiniert haben. Das zeigen deutlich zahlreiche, unbestreitbare Tatsachen.

Jetzt ist es für niemanden ein Geheimnis mehr, daß N. Chruschtschow und seine Propagandisten schon seit einiger Zeit den Ausdruck „sozialistisches Lager" nicht mehr gebrauchen. Das fiel insbesondere während seiner Tournee in Jugoslawien auf. In allen Reden oder Gesprächen, die veröffentlicht wurden, findet man diesen Ausdruck absolut nicht, ausgenommen einmal, als ihn Tito beim Abendessen am 21. August mit Verachtung nannte. Es handelt sich hier nicht nur darum, daß sich N. Chruschtschow hütete, etwas zu sagen, was seine „herzlichen Beziehungen" zu dem Renegaten Tito stören könnte wie beispielsweise der Ausdruck „sozialistisches Lager", der „unmodisch" und „überflüssig" ist und gegenüber dem alle jugoslawischen Revisionisten bekanntlich eine ganz negative und feindliche Haltung einnehmen. Die Sache ist, daß N. Chruschtschow die feindliche Haltung Titos gegenüber dem sozialistischen Lager unterstützte und vollständig billigte. Als ihn in Brioni ein Zeitungsberichterstatter fragte, ob der Umstand, daß „Jugoslawien nichtpaktgebunden ist, die Zusammenarbeit zwischen diesem und der Sowjetunion behindere", erwiderte Chruschtschow: „Nein" und fügte hinzu: „Historisch betrachtet stehen alle sozialistischen Länder auf den gleichen marxistisch-leninistischen Stellungen, weil wir durch gemeinsame Ideen verbunden werden und uns von einer einzigen Theorie leiten lassen. Die anderen Erscheinungen wie Blöcke usw. sind zeitweilig."

Was heißt das? Welche Blöcke meint er? Alle Welt weiß, daß die modernen Revisionisten eben das sozialistische Lager einen „Block" nennen, und wenn sie von der sogenannten „Neutralität" oder von der „Nichtbeteiligung an den Blöcken" sprechen, so wollen sie damit sagen, daß sie nicht nur außerhalb der militärischen Blöcke und Organisationen, sondern auch außerhalb der Lager und über den Lagern stehen. Unter diesen Umständen ergeben sich aus den Erklärungen N. Chruschtschows gegen die sogenannten Blöcke unbedingt zwei Schlußfolgerungen:

1) N. Chruschtschow billigt vollständig die reaktionäre Haltung Titos gegenüber dem sozialistischen Lager, das nach diesem ein „militärischer Block", eine „negative und zeitweilige Erscheinung" ist, welche die internationale Lage verschärft hat. Das ist eine feindliche und liquidatorische Haltung gegenüber dem großen sozialistischen Lager, das das wichtigste Ergebnis des historischen Sieges der revolutionären Weltbewegung ist.

2) N. Chruschtschow unterstützt und rechtfertigt auf diese Weise die demagogischen Manöver der Tito-Clique unter dem Deckmantel der sogenannten „Neutralität" und „Nichtpaktgebundenheit" Jugoslawiens. **Kann es aber ein sozialistisches Land geben, das in dem großen historischen Kampf zwischen den zwei Lagern, dem sozialistischen und imperialistischen, zugleich auch neutral ist?** Einst enthüllte und verwarf Chruschtschow selbst diese absurde Behauptung der Tito-Clique. „Die jugoslawischen Führer behaupten, daß sie außerhalb der Blöcke und über den Lagern stehen, in Wirklichkeit aber sind sie Mitglied des Balkanblocks, der Jugoslawien, die Türkei und Griechenland verbindet... Die Führer des BdKJ fühlen sich sehr beleidigt, wenn wir ihnen sagen, daß sie auf zwei Stühlen sitzen. Sie versichern uns, daß sie auf ihrem, dem jugoslawischen Stuhl sitzen. Dieser jugoslawische Stuhl aber wird offenbar von den amerikanischen Monopolen stark gestützt. Deshalb riecht die Position ‚außerhalb der Blöcke', die ‚Neutralität', mit der die Führer des BdKJ so viel Aufhebens machen, ganz und gar nach amerikanischen Monopolen, die den ‚jugoslawischen Sozialismus' unterhalten. Die Geschichte des Klassenkampfes kennt noch kein Beispiel, wo das Bürgertum seinen Gegner materiell und moralisch unterstützt und ihm geholfen hat, den Sozialismus aufzubauen", sagte N. Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KP der Sowjetunion.

Also hat N. Chruschtschow beschlossen, die Existenz des sozialistischen Lagers zu zerstören, und zögert nicht, gegen dieses offen aufzutreten. Hier handelt es sich nicht nur um eine große grundsätzliche Konzession, die er der revisionistischen und antisozialistischen Position Titos macht, sondern auch um einen wirklichen Verrat an den Lebensinteressen des Sozialismus, um den Versuch, das sozialistische Lager zu unterminieren und zu zerstören.

Im Rahmen seiner Wühlarbeit und spalterischen Tätigkeit gegen das sozialistische Lager, die internationale kommunistische Bewegung und ihre Einheit, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruht, hielt es N. Chruschtschow während seines Besuchs in Jugoslawien für notwendig, die Ideen des Panslawismus wiederzubeleben. Schon am ersten Tage sprach er von der „traditionellen Freundschaft", von dem „gemeinsamen historischen Schicksale" und von dem „gemeinsamen Endziel". Darunter verstand und betonte er die speziellen Verbindungen zwischen den Völkern derselben Völkergruppe. Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Chruschtschow-Gruppe von der marxistisch-leninistischen Klassenposition entfernt und Anstrengungen macht, um ihre politische Plattform der Beziehungen zwischen den Staaten und Parteien auf ethnischen und rassischen, sogar auch religiösen Kriterien zu errichten, indem sie einen Versuch nach dem andern macht, um sich dem römischen Papste zu nähern und dadurch die Unterstützung der Katholiken zu sichern. Wer aber die Klassengrundsätze des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus durch den Panslawismus oder durch andere, nicht-marxistische Kriterien, die ihm ähnlich schauen, ersetzt, untergräbt die Fundamente, auf denen die internationale Solidarität und Geschlossenheit der Werktätigen und die Beziehungen zwischen den Völkern der sozialistischen Länder und den kommunistischen und Arbeiterparteien errichtet sind, und schädigt schwer die Sache des Sozialismus. Das ist einer der vielen Beweise, die zeigen, daß die Chruschtschow-Gruppe ideologisch und politisch ganz und gar und hoffnungslos degeneriert ist.

N. Chruschtschow ermangelte sogar nicht, Jugoslawien auf dem Balkan, vielleicht auch in der Welt (!) eine besondere, wenn nicht entscheidende, Rolle zuzuweisen. Zu diesem Zwecke lobte er in seiner Rede in Welenje den Kampf der jugoslawischen Völker gegen die faschistischen Okkupanten in einseitiger Weise und setzte den großen Beitrag der anderen Balkanvölker in dem antifaschistischen Kriege absichtlich herab. Sicherlich führten die Völker Jugoslawiens einen wahrhaft heroischen Kampf für die Befreiung ihres Landes, aber auch die anderen Völker des Balkans litten und bluteten in diesem Kampf. **Das Ausspielen eines Volkes gegen ein anderes, die tendenziöse Hervorhebung des Kampfes eines Volkes allein und die absichtliche Ignorierung des Kampfes der anderen Völker enthüllen erneut die spalterischen und provokatorischen Ziele, welche Chruschtschow mit der Aufpeitschung der nationalistischen und chauvinistischen Gelüste seiner Freunde verfolgt. Bei dieser Gelegenheit streichelte Chruschtschow auch den alten Traum Titos, eine besondere Rolle auf dem Balkan zu spielen und die Führung in einem „Balkanbunde" zu übernehmen.** Während dieses Besuchs trat also der politische und moralische Machiavellismus Chruschtschows ganz offen zutage.

Chruschtschow und Tito blähten sich auf und nahmen die Pose der „Götter der Balkangeschicke" an. Als ein Zeitungsberichterstatter in Brioni sie darüber interviewte, fiel den Beobachtern auf, daß Chruschtschow darauf voll Zorn reagierte: „Warum stecken Sie Ihre Nase in unsere Angelegenheiten hinein?" Was man unter „unseren Angelegenheiten" zu verstehen hat, das enthüllte die englische Nachrichtenagentur Reuter, die am 18. August berichtete: „Man kann die Möglichkeit neuer Balkanprojekte, wo Jugoslawien eine erstklassige Rolle spielen soll, nicht ausschließen." Mit Recht fragen die Balkanvölker: „Weit wann sind die Balkanangelegenheiten Chruschtschows und Titos Privatangelegenheiten geworden? Wer gab ihnen das Monopolrecht, im Namen der Balkanvölker zu sprechen, zu handeln, zu schachern und die Rollen hinter ihrem Rücken und auf ihre Kosten zu verteilen?"

Wer ist aber die Tito-Clique, der Chruschtschow das Geschick Balkans anvertrauen möchte? Welche Spezialrolle hat er ihr zugewiesen? Unser Volk und die anderen Balkanvölker, vor allem aber die Völker der sozialistischen Länder kennen sehr gut das Gesicht dieser Renegatenbande und des Agenten des Imperialismus, kennen sehr gut ihre Ziele und Rolle. Oder soll man etwa der aktiven Rolle der Tito-Clique in der ungarischen Konterrevolution nicht Erwähnung tun? Hat man denn die Wühlarbeit und die Komplotte der revisionistischen jugoslawischen Agenten, die in Ungarn, Bulgarien, Albanien und Rumänien wiederholt enthüllt worden sind,so schnell vergessen? Das albanische Volk kann den Verrat und das Komplott Kotschi Dsodses und anderer sowie das von den jugoslawischen Revisionisten in Zusammenarbeit mit den griechischen Monarchisten-Faschisten, mit der 6. amerikanischen Flotte und mit einigen Verrätern gegen die Souveränität unseres Landes vorbereitete Komplott und die vielen Provokationen und feindlichen Akte gegen die Volksrepublik Albanien und unser Volk nicht vergessen. Die Tito-Clique geht also diesen Weg weiter, hat von ihren verbrecherischen Absichten und Methoden nichts aufgegeben. Und gerade diesem Agenten des Imperialismus, diesem „trojanischen Pferde" hat Chruschtschow Tür und Tor geöffnet, um in das sozialistische Lager einzudringen, gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Europas zu handeln und gegen die sozialistischen Balkanländer Komplotte zu schmieden!

Während seines letzten Besuchs in Jugoslawien koordinierte Chru-

schtschow mit dem Renegaten Tito seine feindliche Tätigkeit gegen alle sozialistischen Länder, was auch in der provokatorischen Haltung N. Chruschtschows und der revisionistischen Führer Jugoslawiens gegenüber unserem Land zum Vorschein kam. Tito führte seinen „teuren" Freund bis nahe an die Nordgrenze unseres Vaterlandes. Chruschtschow kam nicht nach Titograd, um im „Fluge" das ethnographische Museum in Cetinie und die Reliquien des Niegosch zu besichtigen. Er inspizierte die albanisch-jugoslawische Grenze, um auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen, daß er die zutiefst feindselige Haltung und die zutiefst feindseligen Ziele der revisionistischen Führer Jugoslawiens gegen unser Volk, die auch berüchtigte Attentäter gegen die Freiheit und Unabhängigket unseres sozialistischen Vaterlandes sind, unterstützt und billigt.

Es ist klar, daß die „besondere" Rolle des Tito-Jugoslawiens auf dem Balkan, ja auch in der Welt (!) sich gegen die Lebensinteressen des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung richtet und ihre Untergrabung und Spaltung bezweckt. Sie ist ein Bestandteil der Kampagne, die die revisionistische Einheitsfront Chruschtschow-Tito gegen die Bruderparteien, welche die revolutionären Grundsätze des Marxismus-Leninismus unerschütterlich verteidigen, vor allem gegen die KP Chinas und die PAA, eingeleitet haben. Der beste Beweis dafür ist auch die Tatsache, daß der ganze Aufenthalt Chruschtschows in Jugoslawien von einer Kampagne wütender und ungeheuerlicher koordinierter Angriffe Chruschtschows, Titos und anderer gegen die marxistisch-leninistischen Parteien begreitet war.

* * *

Die dritte Hauptschlußfolgerung, die man aus dem Besuche Chruschtschows ziehen kann, ist die neue Manifestation seiner Annäherung an den Imperialismus, besonders an den amerikanischen.

Alle Welt weiß, daß Jugoslawien — Tito hat das wiederholt selbst zugegeben — die Brücke zwischen „Ost und West" ist. Chruschtschow benützt jetzt offen diese „Brücke", nicht nur um sich dem Westen zu nähern, sondern auch um zu ihm überzugehen.

Dieser Tage wurde die direkte Verbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Hause inauguriert. Diese Linie, welche als der „rote Telegraph" getauft wurde, wird Chruschtschow dienen, um mit Kennedy direkt zu sprechen und neue schmutzige Geschäfte auf Kosten der Völker abzuschließen. Aber Kennedy und Chruschtschow haben auch einen „lebenden Telegraph" — Tito, der ihren gemeinsamen Zielen gut und „in schöpferischer Weise dient".

In seiner Rede auf dem Abendessen, das Chruschtschow am 21. August gab, drückte Tito seine tiefe Genugtuung über den Abschluß des Moskauer Dreimächtevertrages aus, der eine weitere Kapitulation der Chruschtschow-Gruppe vor dem Imperialismus, ein Betrug und ein Verrat an der Sache des Sozialismus ist, und sagte: „Natürlich ist das noch zu wenig... Es bleibt noch viel zu tun übrig." Der raffinierte Agent des Imperialismus ist mit dem erzielten Ergebnis nicht zufrieden, er verlangt, daß man auf diesem Wege, den er seinen revisionistischen Kollegen schon seit langem gewiesen hat, weitergeht. Das ist der Weg der „wirtschaftlichen und politischen Integration der Welt", mit anderen Worten, der Weg zur schrittweisen und friedlichen Integration des Sozialismus mit dem Kapitalismus, worüber auch Kennedy gesprochen hat.

Wenn man die öffentlichen Reden N. Chruschtschows in Jugoslawien analysiert, fällt es einem jeden auf, daß er den Imperialismus kein einziges Mal offen angriff, ja nicht einmal seinen Namen nannte und sich auf die gewöhnlichen Ausdrücke der Revisionisten im Zusammenhang mit „den aggressivsten Kreisen des Imperialismus" beschränkte. Und diese Ausdrücke gebrauchte er noch dazu sehr selten. Die Nachrichtenagentur AFP wies darauf hin, daß man sich diese gemäßigte Sprache sicherlich daraus erklären kann, daß Chruschtschow den Ton der „friedlichen Koexistenz" wahren und auch die Jugoslawen nicht in eine schwierige Lage gegenüber Washington bringen wollte. Aber das ist nicht alles. **Chruschtschow griff die Imperialisten kein einziges Mal offen an, weil seine Auffassungen über den Imperialismus im allgemeinen und über den amerikanischen im besonderen mit jenen Titos übereinstimmen und weil er jetzt die Annäherung und vollständige Versöhnung mit ihnen sucht.** Die westlichen Beobachter weisen bei dieser Gelegenheit mit Recht darauf hin, daß Tito, in Erwartung des Beschlusses des Kongresses der USA über die Erneuerung der Klausel des „meistbegünstigten Staates", anläßlich seiner bevorstehenden Reise nach Lateinamerika dem Präsidenten Kennedy im Weißen Hause als Kompensation die „neue, gemäßigtere Haltung" Chruschtschows anbieten wird. Jeder kennt jetzt die Haltung Titos gegenüber dem amerikanischen Imperialismus und des amerikanischen Imperialismus gegenüber der Tito-Clique. Ihre Beziehungen gleichen jenen des Schirmherrn zu seinem Handlanger. Es ist klar, daß die Annäherung und Vereinigung mit dem Handlanger und Agenten des Imperialismus, der sich mit Hilfe der amerikanischen Dollars aufrechterhält, ein großer Schritt in Richtung der Annäherung und Vereinigung mit seinem Schirmherrn selbst — mit dem amerikanischen Imperialismus — ist. Alle sehen und verurteilen diesen offenen Verrat Chruschtschows, der durch seine Vereinigung mit Tito Vorbereitungen für jenen nahen Tag trifft, an dem die Imperialisten und Revisionisten die vollständige Annäherung Chruschtschows an Kennedy festlich begehen werden. Die Tatsachen sind jetzt so klar, daß sie auch jene sehen müssen, die seit einiger Zeit Chruschtschow auf dem Wege seines großen Verrats folgen. **Jene Führer, die sich insbesondere in bezug auf Tito reserviert verhielten und verhalten, haben wirklich eine große Verantwortung vor ihren Völkern, Parteien und vor der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie verhalten sich reserviert auch gegenüber dem Treiben N. Chruschtschows und Titos, sie schweigen, und haben Angst, ihre Gedanken und ihre Meinung offen auszusprechen. Wer Tito um den Hals fällt, kann auch Kennedy um den Hals fallen. Sind denn alle Führer dafür, die sich Kommunisten nennen und dennoch schweigen?** Die Chruschtschow-Gruppe bemüht sich, die Kommunisten und Völker zu überzeugen, daß die Vereinigung mit Titos Jugoslawien eine Vereinigung mit den sozialistischen, antiimperialistischen Kräften ist und im Interesse des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung ist.

Um zu beurteilen, ob diese Vereinigung wirklich so ist, werden wir der Aufnahme des Besuchs Chruschtschows in Jugoslawien seitens des Westens Erwähnung tun. Beunruhigte diese „neue Annäherung" Belgrads an Moskau die kapitalistische Welt?

Die Tatsachen zeigen, daß die imperialistischen Westmächte sich nicht nur nicht beunruhigten, sondern diesen Besuch begrüßten und ihm ein lebhaftes Interesse entgegenbrachten. Die Zeitung „Washington Post" brachte einen Kommentar aus Belgrad, in dem es hieß, die „Diplomaten des Westens mit dem Ton und Resultat der Besprechungen zwischen Tito und Chruschtschow zufrieden sind". Deshalb sperrte Washington nicht nur nicht seine Anleihen an Tito wegen dieser „Annäherung an Moskau" sondern will sie weiter erhöhen.

Allein diese Tatsache würde genügen, um zu zeigen, wie falsch die demagogischen Behauptungen Chruschtschows sind, daß die Vereinigung mit der Tito-Clique angeblich eine Vereinigung mit sozialistischen und antiimperialistischen Kräften sei. Wenn dem so wäre, wenn sich die Schärfe dieser Vereinigung gegen den Imperialismus richten würde, dann würden die Imperialisten den jugoslawischen Kurs und die Annäherung der Tito-Clique an Chruschtschow nicht loben und begrüßen, sondern dieselben antisozialistischen und konterrevolutionären Angriffe unternehmen, die sie gewöhnlich gegen ihren Klassenfeind, gegen das Proletariat und seine marxistisch-leninistische Partei und gegen die sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte der Welt richten.

Daraus kann man unschwer erkennen, in wessen Interesse diese Annäherung und Vereinigung liegt. **Die Imperialisten haben allen Grund, diese Vereinigung zu unterstützen und zu begrüßen, weil sie in ihr die Bildung einer revisionistischen Einheitsfront gegen den Sozialismus und alle Kräfte der antiimperialistischen revolutionären Weltbewegung erblicken.**

Auffallend ist, daß Chruschtschows Besuch in Jugoslawien ohne Großkundgebung in Belgrad und ohne irgendeine Erklärung oder ein Schlußkommuniqué endete. Und das ist kein Zufall, denn Chruschtschow und Tito unterstrichen wiederholt, daß sich dieser Besuch zu einem Besuch der Arbeit gestaltete, während es offiziell hieß, daß Chruschtschow zur Erholung nach Jugoslawien gefahren sei. Tatsächlich aber waren die Besprechungen zwischen Tito und Chruschtschow, wie nicht anders zu erwarten, der Vorbereitung von Komplotten und Verschwörungen gewidmet, was sie ja verheimlichen müssen.

Sowohl Tito als auch Chruschtschow sind Menschen, die den Lärm sehr lieben. Sie hätten gerne ihre vollständige Einheit vor aller Welt dokumentiert, mußten sich aber zurückhalten, um nicht ihre Karten aufzudecken und ihre Position zu schädigen.

Tito wäre natürlich für eine Kundgebung und für die Veröffentlichung eines offiziellen Dokumentes gewesen, weil er die **offizielle** Verwerfung der Moskauer Deklaration, seine volle Rehabilitierung, das Bürgerrecht für den „spezifischen jugoslawischen Sozialismus", den Eintritt des BdKJ als „marxistisch-leninistische Partei" in die internationale kommunistische Bewegung und die Sanktionierung der gemeinsamen Auffassungen über den heutigen Lauf der Welt und über die Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung wünschte. Tito hätte also gerne gesehen, daß alles, was Chruschtschow während der offenen und geheimen Verhandlungen zugunsten der jugoslawischen Führer und über ihre gemeinsamen Konzepte sagte, in einem gemeinsamen offiziellen Dokument veröffentlicht worden wäre.

Aber N. Chruschtschow ist genötigt, seine Maske weiter zu tragen, weil ein solches gemeinsames Dokument, sei es auch noch so sorgfältig abgefaßt, sich in einen offenen Gegensatz zu der Moskauer Deklaration gesetzt hätte. Chruschtschow ist genötigt, zu manövrieren und zu betrügen, indem er sich hinter der Moskauer Deklaration weiter versteckt. Chruschtschow wünscht die Sache zu erledigen, d. h., Tito zu rehabilitieren, die Moskauer Deklaration mit Füßen zu treten, seine Handlungen mit den jugoslawischen Revisionisten zu koordinieren und mit ihnen Komplotte zu schmieden, aber all das soll nicht durch ein gemeinsames Dokument sanktioniert werden, weil dies eine scharfe Waffe in den Händen der Marxisten-Leninisten sein würde.

Tito war damit gar nicht unzufrieden, wie aus seiner letzten Rede auf dem Flugplatz hervorging. Während Chruschtschow im allgemeinen sprach, gab Tito das Ergebnis der Besprechungen mit seinem Gaste bekannt, zählte die Punkte auf, worüber sie sich verständigten und tat dies in einer Art und Weise, die offen zeigte, daß er die Absicht hatte, seinen Gast aufmerksam zu machen, die übernommenen Verpflichtungen nicht zu vergessen.

Das ist das wichtigste Resultat des Besuchs N. Chruschtschows in Jugoslawien und seiner Besprechungen mit Tito.

Die ganze Welt überzeugt sich immer mehr, daß N. Chruschtschow mit seiner Politik der Vereinigung mit den Belgrader Renegaten und der Annäherung an die Imperialisten, das Sowjetvolk und die Völker der anderen sozialistischen Länder, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung und den antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf der Völker verrät. Und er hatte die Unverschämtheit, in Brioni zu sagen: „Ich darf wirklich stolz sein!" Jawohl, N. Chruschtschow darf wirklich stolz sein. Er darf stolz sein, daß er die Ziele der wütenden Klassenfeinde des Sozialismus und der Sowjetunion realisiert, er darf stolz sein, daß er die Errungenschaften der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ernstlich gefährdet, das sozialistische Lager zerstört und die internationale kommunistische Bewegung zum Wohle der internationalen Reaktion und des amerikanischen Imperialismus spaltet.

Aber die Völker und die Geschichte vergessen und verzeihen nicht. Das Sowjetvolk, das in seinem Leben viele schwere Prüfungen bestanden hat, seine Kommunistische Partei, die anderen Völker, die Kommunisten der Welt und alle Revolutionäre werden den Hochverrat, welchen N. Chruschtschow am Marxismus-Leninismus, an der internationalen Arbeiterklasse, an den Völkern, am Sozialismus und am Frieden begeht, nicht vergessen und ihm nie verzeihen.

Die Marxisten-Leninisten und die wahren Revolutionäre werden die revolutionäre Wachsamkeit und den Geist des proletarischen Internationalismus auf einem hohen Niveau erhalten, dem Marxismus-Leninismus und den Interessen des Proletariats und des Volkes bis zum Schluß treu sein und gegen den modernen Revisionismus, den Imperialismus und die Reaktion und für die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre, für den Sieg des Sozialismus, Kommunismus und für die Erhaltung des Weltfriedens mit Nachdruck und selbstlos kämpfen.

(Alle Hervorhebungen von uns — Red. RM).

Soeben erschienen: Der „Weg der Partei", Nr. 5



130 Seiten, Preis DM 4,00
Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 50 05 68

ZUM INHALT:

Enver Hoxha

Gesprächsbeitrag in der Unterredung mit Genossen Tschou En-lai im März 1965 in Tirana.

Kürzlich wurde von der Partei der Arbeit Albaniens der Gesprächsbeitrag veröffentlicht, den Genosse Enver Hoxha bei dem Treffen mit dem damaligen Ministerpräsidenten der Volksrepublik China und stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Tschou En-lai, im März 1965 gehalten hat. In dem nun erstmals veröffentlichten Teil seines Gesprächsbeitrages faßt Genosse Enver Hoxha die Einschätzung der PAA zu wesentlichen Fragen, die sich aus der damaligen Lage in der Welt ergaben, zusammen und legt die Auffassungen der Partei der Arbeit Albaniens zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik des gemeinsamen Kampfes dar. Zweifellos hat sich die internationale Lage seit 1965 verändert. Doch trotz dieser Veränderungen in der Weltlage ist der vorliegende Gesprächsbeitrag des Genossen Enver Hoxha auch heute von großer Wichtigkeit. Studiert man heute diesen vor mehr als zwölf Jahren gehaltenen Gesprächsbeitrag, dann findet man darin den erneuten Beweis für die Richtigkeit der von Genossen Enver Hoxha und der PAA stets angewandten Methode, die in der Welt wirkenden Kräfte und die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche und Beziehungen klassenmäßig einzuschätzen und auf der Grundlage dieser materialistischen Analyse die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik festzulegen, die den Interessen des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker im Kampf für ihre Befreiung und für den Sozialismus entspricht.

Zur Veröffentlichung des Gesprächsbeitrages des Genossen Enver Hoxha in der Unterredung mit Genossen Tschou En-lai

Einige Aspekte des Kampfes gegen die neue internationale opportunistische Strömung

Dieser Beitrag ist keine Interpretation des Gesprächsbeitrages des Genossen Enver Hoxha, sondern er nimmt vielmehr die Veröffentlichung des Gesprächsbeitrages zum Anlaß, um darzulegen, wie sich nach Ansicht unserer Partei einige der von Genossen Enver Hoxha in Bezug auf die Situation von 1965 angesprochene Fragen heute darstellen. Der Beitrag konzentriert sich dabei auf bestimmte Probleme, die nach unserer Auffassung von besonderer Bedeutung in dem großen Kampf sind, der gegenwärtig innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zwischen den Marxisten-Leninisten einerseits und den Verfechtern der revisionistischen „Theorie der drei Welten" auf der anderen Seite stattfindet.

Nieder mit dem Verrat der DKP-Revisionisten (I)

Dieser Beitrag ist der erste Teil einer Reihe von Kommentaren zum Programm der KPD/ML, die ausführlicher auf den modernen Revisionismus eingehen. In diesem ersten Teil wird zum einen gezeigt, daß der Kampf der KPD/ML gegen die DKP-Revisionisten, daß der Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus mit dem sowjetischen an der Spitze, in der Tradition des Kampfes steht, den Marx, Engels, Lenin und Stalin für die Reinhaltung der Lehre des Proletariats geführt haben. Zum anderen wird anhand einer Reihe wichtiger Beispiele wie kapitalistische Krise, Faschisierung und imperialistischer Krieg darauf eingegangen, wie die DKP-Revisionisten in ihren Theorien Kapitalismus und Imperialismus beschönigen, wie sie die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung von Kapitalismus und Imperialismus leugnen, um die Arbeiterklasse vom Kampf für die sozialistische Revolution abzuhalten.

Lüneburger Heide

Verwüstungen durch britische Truppen

Um 1.500 Hektar Heidefläche geht es bei einem Prozeß, der jetzt in Lüneburg läuft und viel Aufsehen erregt hat. Besitzer der Fläche ist ein Naturschutzverein. Man sollte also meinen, es handele sich um ein Erholungsgebiet. Tatsächlich aber sind diese 1.500 Hektar eine Mondlandschaft, zerpflügt von den Ketten britischer Panzer. Denn sie gehören zu den sogenannten „Roten Flächen“, den riesigen Gebieten, die von Bonn im Soltau-Lüneburg-Abkommen an die britischen Besatzertruppen gegeben wurden.

Dabei scherte es die Herren in Bonn einen Dreck, was die Tausende Bauern und anderen Besitzer dieser Flächen dazu meinten. Sie wurden gezwungen zu verpachten, was praktisch einer Zwangsenteignung gleichkommt. Als der größte dieser Besitzer will nun der Naturschutzverein auf Herausgabe seines Bodens klagen. Der Prozeß wirft ein Schlaglicht auf die systematische Zerstörung der Lüneburger Heide durch die britischen und westdeutschen Panzer, die dort die „großflächige Vorwärtsverteidigung“ üben.

Panzerketten zerstörte Bürgersteige und Fahrwege. Und dazu ein unerträglicher Lärm, riesige Staubwolken, die von den Panzern aufgewirbelt werden.

Im August 1976 stürmen die britischen Panzer sogar in der Nacht das Dorf. Und rund um die Uhr wird aus allen Rohren geschossen. Im Juli dieses Jahres wieder das gleiche Bild: Panzer, die durch die Dorfstraßen jagen, Hubschrauber, die im Tiefflug über die Häuser donnern. Mit bodenloser Unverfrorenheit nehmen die britischen Truppen Besitz vom Land



Britische Soldaten in der Lübeburger Heide in Schützenlöchern

Heute ist es schon fast die Hälfte aller Heideflächen, die von diesen Panzern zerwühlt und in trostlose Sandwüsten verwandelt wurden. Das bedeutet nicht nur, daß für Millionen Menschen in Norddeutschland ein Erholungsgebiet zerstört wird, auf das sie angewiesen sind. Vor allem für die Bauern in der Heide ist das eine unmittelbare Gefährdung der Existenz. So sagte ein Bauer aus der Gegend von Bispingen: „Unsere Gäste ziehen ab. Wo Panzer rollen, kann man keinen Urlaub machen. Und von der Landwirtschaft allein können wir auf den kargen Böden nicht leben.“

Außerdem sind die Werktätigen in den Dörfern der Heide einem unverschämten Terror der britischen Truppen ausgesetzt. Da ist zum Beispiel der kleine Ort Soderstorf. Im Mai 1975 rollen die Panzer über das Dorf hinweg: verschmutzte Straßen, total zerfahrene Wald- und Wirtschaftswege, niedergewalzte Schonungen, vom Müll verdreckte Wälder, von der Bauern, graben sie auf den Feldern und auf den Wiesen zwischen grasenden Kühen ihre Schützenlöcher.

Die Bauern von Soderstorf sind nicht bereit, diesen Terror kampflos hinzunehmen. Sie haben sich zusammengeschlossen, um Kampfschritte zu beraten. Die Kommunalpolitiker, wie etwa der Oberkreisdirektor Harries, versuchen die Wellen der Empörung zu glätten, den Kampf abzuwiegeln, indem sie den Bauern einreden wollen, daß man den Weg der gerichtlichen Klage, des Appells an die Bundesregierung einschlagen müßte.

Aber die Bauern von Soderstorf lassen sich nicht vom Kampf abbringen. Auf der letzten Bürgerversammlung hörte man Parolen wie „Harries hat uns verschaukelt!“ Und es wurden konkrete Vorschläge für Kampfaktionen gemacht, wie etwa die britischen Biwaks mit Mist- und Jauchewagen zu stören.

Roter Antikriegstag 1977

In fast allen größeren, aber auch in vielen kleinen Städten Westdeutschlands und in Westberlin führte die Partei in der vergangenen Woche Veranstaltungen und Kundgebungen zum 1. September, dem Roten Antikriegstag, durch. Die Kundgebungen wie auch die Veranstaltungen fanden viele Zuhörer.



Veranstaltung zum Roten Antikriegstag in Münster

KASSEL

In Kassel wurde eine Kundgebung zum Roten Antikriegstag von Polizei-Provokateuren überfallen und angegriffen. Ein Genosse, der einen dieser Provokateure fotografiert hatte, wurde vorübergehend verhaftet. Doch das Ziel dieser Provokation, die Kundgebung zu verhindern, mißlang vollkommen. Der Redner entlarvte das Vorgehen der Polizei laut über sein Megaphon, so daß sich innerhalb kürzester Zeit einige hundert Menschen ansammelten. Die Rede des Genossen fand unter den Versammelten viel Zustimmung, sodaß angesichts der Menge die Polizei nicht wagte, gegen den Redner vorzugehen. Die Kundgebung war auf diese Weise ein guter Erfolg geworden.

ESSEN

Mehr als 50 Genossen und Freunde besuchten die Veranstaltung in Essen. Sie hörten neben einer Rede der Partei auch Berichte von Rotgardisten, die an einem „offenen Tag“ in einer Essener Kaserne Agitation gemacht hatten.

WESTBERLIN

Über 300 Veranstaltungsteilnehmer versammelten sich im Gesellschaftshaus Neukölln zum Roten Antikriegstag. Es sprach ein Genosse der Partei über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Ein Redner der Roten Garde ging insbesondere ein auf den antimilitaristischen Kampf der Jugend. In einem Stück über die Geschichte des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg zeigte die Rote Garde, wie heldenhaft Vertreter der Arbeiterklasse z. B. während des Kieler Matrosenaufstandes gekämpft haben. Auf der Veranstaltung wurden über 1.300 DM für den Kampf der Partei gespendet.

KÖLN

In Köln führte der Landesbezirk Rheinland eine Veranstaltung zum Roten Antikriegstag durch, zu der 240 Freunde und Genossen kamen. Es wurde ein Diavortrag über den antimilitaristischen Kampf durchgeführt. Im folgenden berichteten unter großem Interesse der Zuhörer Genossen der Roten Garde über Kämpfe und Aktionen innerhalb der Bundeswehr.



Kundgebung zum Roten Antikriegstag in Dortmund



Veranstaltung zum Roten Antikriegstag in Stuttgart

SCHWEINFURT

Am 27. August führte der Kreis Mainfranken der Partei in der Nähe von Schweinfurt eine Veranstaltung zum Roten Antikriegstag durch. Es kamen etwa 50 Genossen und Sympathisanten. In den Beiträgen wurde darauf eingegangen, was imperialistischer Krieg bedeutet, wie er entsteht, wem er nützt und gegen wen er sich richtet. Besonderes Interesse galt einem Überblick über die Entwicklung des Siemens-Konzerns, der bereits im letzten Weltkrieg wie auch heute sein Geschäft mit dem Krieg treibt.

WEINHEIM

In Weinheim führten die Genossen eine Kundgebung durch, in deren Verlaut sie viele Diskussionen mit Werktätigen führten. Es wurden dabei viele „Rote Morgen“ sowie viel Literatur der Partei verkauft. Zu einer anschließenden Veranstaltung kamen schließlich 90 Kollegen und Freunde, um mit der Partei den Roten Antikriegstag zu begehen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Rutenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen“, Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“. Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.